Sudetenpost

Erscheinungsort Wels P. b. b.
Verlagspostamt 4020 Linz
Einzelpreis S 16.– LoGZ 79E

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 5 | Wien – Linz, 11. März 1999 | 45. Jahrgang

Edlinger verweigert Vertriebenen Millionen
(Seite 2)

Kardinal Vlk bittet um Verzeihung
(Seite 5)

Tribüne der Meinungen
(Seiten 5 und 12)

Neubauer stellt der Bonner Regierung die Rute ins Fenster

Der Bundesvorsitzende der sudetendeutschen Volksgruppe, SL-Sprecher Franz Neubauer, hat der rotgrünen Bonner Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder die Rute ins Fenster gestellt: Anläßlich der 4. Sitzung der XI. Bundesversammlung in München drohte Neubauer mit einer Klage, sollte die Bundesregierung die Rechtsposition der Sudetendeutschen schwächen. Anlaß für diese klaren Worte waren Äußerungen von Außenminister Joschka Fischer (Grüne) und Außenamt-Staatssekretär Günter Verheugen (SPD). Verheugen hatte in Dresden erklärt, daß die neue Regierung „in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Deutsch-tschechischen Erklärung" die Eigentumsansprüche der Sudetendeutschen „nicht geltend machen wird". Diese Position von Verheugen entspreche, so Neubauer, genau der Interpretation der Deutsch-tschechischen Erklärung, vor der wir immer gewarnt haben. Nicht zuletzt deswegen habe man die Erklärung immer abgelehnt. Außenminister Fischer wiederum soll Ende Oktober 1998 in Warschau gesagt haben, er halte die Ansprüche der Vertriebenen auf Entschädigung für ihr Eigentum für „anachronistisch und absurd". Wörtlich sagte Neubauer in München: „Liebe Landsleute, sollte mit den genannten Äußerungen ein Verzicht der Bundesregierung auf das private Eigentum von Sudetendeutschen verbunden sein, dann müßten wir unmittelbar gerichtliche Schritte ins Auge fassen. ... Wenn die Bundesregierung – sei es aus Kalkül oder aus Nachlässigkeit – daran gehen würde, unsere Rechtspositionen aufzugeben, bliebe uns keine andere Wahl, als den Rechtsweg zu beschreiten". Aus rechtlicher Sicht sei völlig klar: Wenn die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Verfassungsorgane an der Zerstörung der Rechte ihrer Bürger mitwirken würde, sei es durch Verzicht, Aufrechnung oder in anderer Weise, dann würde sie regreßpflichtig. Neubauer: „Das ist eine klare Rechtslage und dementsprechend werden wir handeln."

Lesen Sie dazu auch den Bericht auf Seite 3!

Das Bild der Heimat

Zlabings, eine alte Grenzfeste im Südwesten Mährens.

Freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Herrn Mag. Reinhard Rosenbusch, Wien

In einem Boot

VON MANFRED MAURER

HOLOCAUST-OPFER in den USA decken Versicherungskonzerne mit Klagen ein. Die „Anker"-Versicherung wird es auf einen Prozeß mit dem US-Anwalt Edward Fagan ankommen lassen. „Müssen", wie ein „Anker"-Vertreter betont, denn wenn man sich auf außergerichtliche Entschädigungszahlungen einließe, würde das nur eine Flut neuer Forderungen nach sich ziehen. Wie der italienische „Generali"-Konzern beteuert auch der „Anker", selbst Opfer der Nachkriegswirren zu sein: Beide haben in Osteuropa durch die Enteignungen nach der kommunistischen Machtergreifung Milliardenwerte verloren. Restitutionsgesuche, sofern überhaupt gestellt, blieben bisher erfolglos.

„GENERALI" WURDE immerhin aufgrund eines Vertrages zwischen Italien und der CSSR für Enteignungen entschädigt, allerdings nur mit einem Bruchteil der tatsächlich verlorenen Werte.

DIE „ANKER"-VERSICHERUNG, die in der Tschechoslowakei über großen Grundbesitz verfügte und ihr wertvollstes Gebäude überhaupt am Prager Revolutionsplatz hatte, hat nicht einmal das bekommen. Ebenso in Ungarn, wo der „Anker" in Budapest drei Prachtgebäude hatte. Nach der Wende gab es vergebliche Versuche, zumindest den Grund zurückzubekommen. Die Ungarn haben dem „Anker" seine nach 50 Jahren Marxwirtschaft völlig heruntergekommen Gebäude zu einem, wie man in der „Anker"-Zentrale in Wien ironisch anmerkt, „günstigen Preis" angeboten: Er entsprach etwa dem Neubauwert.

MAN SIEHT an diesen Beispielen: So manches große Unternehmen, das nun von allen Seiten unter Druck gerät und mit Entschädigungsforderungen konfrontiert wurde, ist selbst ein Opfer der Geschichte. Diese Erkenntnis sollte nun aber keinesfalls bewirken, daß man es akzeptiert, wie sich etwa Lebensversicherer einfach abgeputzt haben und ihre Kunden als letztes und schwächstes Glied in der Kette im Regen stehen ließen. Der immer wieder zu hörende Hinweis: „Auch wir sind Opfer der Enteignung" sollte nicht als Entschuldigung durchgehen, sondern die Frage aufwerfen: Warum kämpfen denn diese Konzerne nicht um eine Wiederherstellung der rechtmäßigen Eigentumsverhältnisse? Warum erklären sie sich nicht zu Verbündeten ihrer ehemaligen (und oft noch: heutigen) Kunden, indem sie mit diesen gemeinsam für Recht und Gerechtigkeit streiten?

AUCH JENE bilateralen Verträge, mit denen sich die kommunistische Tschechoslowakei mit lächerlichen Entschädigungssummen gegen später drohende Forderungen gewappnet zu haben glaubt, sollten kein Hindernis für ein entsprechendes Engagement sein. Diese Verträge mit einer Diktatur sind mindestens ebenso fragwürdig (sprich: sittenwidrig), wie zum Beispiel die formaljuristisch einwandfreien „Widmungen" von jüdischen Kunstschätzen, die Österreich nun rückgängig macht, weil sie moralisch untragbar sind. Auch die Bank Austria wird Holocaust-Überlebende nicht aufgrund eines von ihr anerkannten Rechtsanspruches entschädigen, sondern allein aufgrund „moralischer" Erwägungen. Was wäre es für eine sonderbare Moral, wenn die einen, die Vertriebenen, zum vielleicht aussichtslosen Paragraphenreiten gezwungen werden, während für andere eine juristisch gar nicht definierbare moralische Gewißheit als ausreichend für Entschädigungsansprüche gilt?

VIELLEICHT SOLLTEN die enteigneten Unternehmen auch einmal die in Europa bislang kaum beachtete Resolution aufmerksam durchlesen, die das US-Repräsentantenhaus im vergangenen Oktober verabschiedet hat. Sie fordert die ehemals totalitären Staaten in Osteuropa auf, „Gesetze zu erlassen, die eine Rückgabe von oder Entschädigung für widerrechtlich enteignetes Vermögen vorsehen". Dann müßten diese Konzerne eigentlich erkennen, daß sie nicht nur wie das Kaninchen vor der Fagan-Schlange erstarren müssen, sondern durchaus selbst etwas zu fordern hätten. Und damit könnte auch die heute den auf Entschädigung pochenden sudetendeutschen Versicherungskunden entgegengehaltene Beteuerung vom Tisch kommen: „... wir wurden ja selbst enteignet."

Gedanken des Bundesobmannes

Der Wahlkampf und damit der Stimmenfang, auch bei uns Sudetendeutschen, hat längst begonnen. Wir erleben das in der „großen Politik", aber auch in unserem Bereich.

Mich ärgert dabei nur, daß man uns immer noch – oder schon wieder – für so naiv hält, daß wir zwischen Wahlpropaganda mit großen Worten und echtem Eintreten nicht unterscheiden könnten. Wir sind eine überparteiliche, aber keine unpolitische Schicksalsgemeinschaft, die schon oft vernachlässigt und enttäuscht wurde. Daran sind wir aber nicht ganz unschuldig, denn zu gutgläubig zu sein und Versprechungen nur zu glauben, statt sie einzufordern, rächt sich. Wenn die maßgeblichen Politiker aller Parteien in Österreich und in Deutschland das eingehalten bzw. durchgesetzt hätten, was sie den Sudetendeutschen in den letzten Jahrzehnten versprachen, wären fast alle offenen Fragen schon lange bereinigt. Dies trifft auf politischem, materiellem, gesellschaftlichem und rechtlichem Gebiet zu. Gutgläubig und obrigkeitshörig, wie wir waren und vereinzelt auch noch sind, glaubten wir an Wilson und seine vierzehn Punkte, in kleinstem Maße sogar an tschechische Zusagen, und als hier die laufende Enttäuschung sich durchschlug, auch der Propaganda Adolf Hitlers. Das Ergebnis ist bekannt. Jene, die uns vorjubelten, aber nicht unverschuldet – im Gegensatz zu uns – unter Zwangsmaßnahmen gerieten, die bei uns seit 1918 üblich waren, suchten dann einen Prügelknaben. Als das bittere Ende kam, spielten sie dann die Unschuldslämmchen.

Eine Vorgangsweise, die Tradition hat.

Wissen das die „Machthaber" und die Meinungsbildner heute, oder wollen sie es nicht wissen?

Aus diesem Bereich soll der Ausspruch „Wissen ist Macht, Nichtwissen macht auch nichts" stammen, wie böse Zungen behaupten. Tatsache ist leider, daß das Wissen um die Geschichte des einst größeren Österreich viele „weiße Flekken" aufweist. Den Normalbürgern, besonders den Jüngeren, muß man es nachsehen, denn die Informationen darüber kamen weder über die Schulen noch die Medien oder die politischen Meinungsbildner. Von Politikern und maßgeblichen Medienleuten sollte man aber einen höheren Wissensstand erwarten dürfen und ihn bei Bedarf auch fordern können.

Wenn ein Landtag in Österreich über zwei Monate braucht, um über die Aufhebung einiger rassistischer, menschen- und völkerrechtswidriger Dekrete, die noch immer in der Rechtsordnung eines Beitrittsbewerbers für die Europäische Union gültig sind, abzustimmen, und dies durch die Unwissenheit über diese Dekrete so lange dauert, kann man es nur bedauern. Der Wille, rechtlich einwandfreie Möglichkeiten für die Zukunft zu schaffen, ist sehr positiv, nicht aber der Informationsstand der Verantwortlichen, trotz intensiver Bemühungen unserer Landsleute, nicht nur in diesem Bundesland.

Es geht konkret um die Beseitigung einiger Beneš-Dekrete und eine entsprechende Regelung, nicht aber um die Rechtsordnung der CR zu zerstören, wie manchmal behauptet wird. Es geht nur darum, eindeutige Unrechtsgrundlagen daraus zu entfernen.

Das fälschliche Argument, es handle sich um „totes Recht", widerspricht nicht nur der Ansicht und damit der Rechtsprechung des tschechischen Verfassungsgerichtshofes, es wirft auch die natürliche Frage auf, warum man, so es stimmt, diese Rechtskadaver nicht wie tote, verfaulte Zähne aus dem Staatskörper entfernt, den sie nachhaltig vergiften.

Dies ist natürlich grundsätzlich eine Angelegenheit der CR. Wenn diese aber in die EU will, betrifft es alle Staaten, besonders die unmittelbaren Nachbarn.

Als österreichischer Staatsbürger sudetendeutscher Herkunft liegt uns dieses noch immer offene Problem besonders am Herzen und wir registrieren, verfolgen und bewerten für unsere Entscheidungen ernstgemeinte Bestrebungen und bereits erzielte Teilerfolge, nicht aber Wahlkampfaussagen.

Konkrete Anfragen, an deren unmißverständlicher Beantwortung wir zur Weitergabe an unsere Landsleute als Entscheidungshilfe interessiert sind, werden zur Zeit zusammengestellt.

Ihr Bundesobmann Karsten Eder

Edlinger will Millionen von Vertriebenen nicht herausrücken

Exakt 153,9 Millionen Schilling fordern die Vertriebenen in Österreich von der Republik. Es geht um Sparguthaben, die 1988 dem Staat zugeflossen sind, weil die Inhaber der Konten ihre Ansprüche nicht nachweisen konnten. Finanzminister Rudolf Edlinger (SPÖ) denkt allerdings nicht daran, das Geld herauszurücken.

Am 1. März war eine Abordnung der 360.000 *vertriebenen Altösterreicher bei Wolfgang* Schüssel. Ihr Begehr: Der Außenminister soll in bilateralen Verhandlungen von Tschechien und der Slowakei eine Aufhebung der Beneš-Dekrete beziehungsweise von Slowenien die Annullierung der AVNOJ-Beschlüsse erreichen. Diese bis heute geltenden Bestimmungen bildeten die „Rechtsgrundlage" für Enteignung und Vertreibung. Punkt vier eines Memorandums, das der Verband der Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) Schüssel überreichte, gilt nicht zuletzt auch dem Finanzminister. Die Vertriebenen fordern „Verhandlungen über die Restitution sowie Vermögensfragen". Konkret geht es um Geld, das Altösterreicher vor Kriegsende auf Konten in Österreich überwiesen hatten.

Lacina-Brief verschwunden

Nach der Flucht beziehungsweise Vertreibung hatten die Kontoinhaber jedoch ein Problem: Nur die wenigsten konnten ihre Sparbücher mitnehmen und so ihre Ansprüche nachweisen. Anders als etwa in der Schweiz versuchten die Banken aber nicht, sich das Geld unter den Nagel zu reißen. Vielmehr wurde es dem Staat überwiesen. 1988 hat es der damalige Finanzminister Ferdinand Lacina der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SLÖ) in Oberösterreich sogar schriftlich gegeben: Bis zum 30. Juni 1988 seien der Republik Vermögenswerte in Höhe von 153,9 Millionen Schilling anheimgefallen. Das Schreiben Lacinas ist jedoch im Linzer SLÖ-Büro verschollen und wird nun fieberhaft gesucht. Versuche, eine Kopie aus dem Finanzministerium zu bekommen, blieben bislang erfolglos.

ÖVP-Vertriebenensprecher Josef Mühlbachler und dessen Abgeordnetenkollege Josef Höchtl bemühen sich nun im Rechnungshof beziehungsweise in der Nationalbank um eine Rekonstruktion der Geldflüsse an den Staat. Ob das viel bringt, ist aber fraglich. Denn das Finanzministerium behauptet, daß das Geld den Vertriebenen ohnehin schon zugesprochen worden sei – und zwar im Rahmen des österreichisch-tschechoslowakischen Vermögensvertrages aus dem Jahr 1975, mit dem ein Teil der Vertriebenen entschädigt wurde. Die Forderung nach den Sparguthaben werde daher nicht erfüllt, stellt die zuständige Ministerialrätin Helga Jantschek gegenüber der Tageszeitung NEUES VOLKSBLATT klar. Jantschek: „Im Prinzip ist es so, daß die Tschechen im Vermögensvertrag eine Milliarde in bar und verschiedene sonstige Vermögenswerte in Österreich überlassen haben. Diese Werte wurden im Erfasssung- und Vermögensabwicklungsgesetz abgewickelt. Alle Berechtigten konnten ihre Ansprüche beim Handelsgericht Wien geltend machen. Was übrig blieb, ist an die Republik Österreich gefallen und wurde und wird an den berechtigten Personenkreis herausgegeben." Das Finanzministerium werde für den Bundeskanzler eine abschlägige Antwort an den Vertriebenenverband ausarbeiten, so Jantschek.

Eder: Finanzminister versucht jeden Schmäh

SLÖ-Bundesobmann Karsten Eder will jedoch nicht locker lassen: „Der Finanzminister versucht jeden Schmäh, um die Herausgabe der Gelder zu blockieren." Der Hinweis auf den CSSR-Vermögensvertrag sei „völlig daneben", weil die Gelder ja nicht nur von Sudetendeutschen, sondern etwa auch von Donauschwaben nach Österreich überwiesen worden seien.

Sollten sich die Vertriebenen doch noch – notfalls auch mit einer von VLÖ-Sprecher Rudolf Reimann bereits angedrohten Klage gegen die Republik – durchsetzen, sollen die *154 Millionen Schilling in eine Stiftung fließen*, deren Ertrag den Fortbestand des „Hauses der Heimat" in Wien sicherstellen soll. Denn, so Karsten Eder: „Schüssel unterstützt zwar unsere Forderungen bezüglich des Hauses der Heimat. Das mit den zwei Millionen Schilling pro Jahr ist zwar gut und schön, aber ist eine neue Regierung daran gebunden?" Deshalb wurde die Idee einer Stiftung angesprochen, mit der man, so Eder, das „Haus der Heimat" und ein Teil der wissenschaftlichen Sachen finanzieren könne.

Memorandum der Verbände der Heimatvertriebenen

Wir, die gewählten Vertreter der 360.000 vertriebenen Altösterreicher deutscher Muttersprache in Österreich, nehmen zur Kenntnis, daß die amtierende Bundesregierung der Republik Österreich das Schicksal der Vertriebenen nicht zum Gegenstand der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Republik Tschechien und der Republik Slowenien erhebt, sondern sich eher über bilaterale Verhandlungen mit beiden Staaten eine Lösung verspricht,

deklarieren:

1. den Anspruch auf völkerrechtliche Anerkennung des erlittenen Unrechts;
2. die Dringlichkeit der Aufhebung der Teile der Beneš-Dekrete und AVNOJ-Beschlüsse, die der Vertreibung als Grundlage dienten; sowie eine Aufhebung jener gesetzlichen Bestimmungen, die eine Schuldfreistellung der Straftäter zum Inhalt hatten;
3. den Anspruch auf moralische Rehabilitation;
4. Die Forderung nach raschen Verhandlungen über die Restitution sowie Vermögensfragen;
5. die Forderung nach dem Recht auf Heimat (Die seitens der EU garantierte Niederlassungsfreiheit hat in diesem Zusammenhang keine Relevanz.);
6. die Pflicht auf volle Wahrung der garantierten Minderheitenrechte auf Kultur, Religion, Sprache und Bildung für alle in den ehemaligen Vertreiberstaaten verbliebenen deutschsprachigen Volksgruppen.

Wir bitten den Herrn Außenminister, mit der Aufnahme der bilateralen Verhandlungen unter Berücksichtigung obigen Memorandums zu beginnen.

Dipl.-Ing. Rudolf Reimann
Bundesvorsitzender des VLÖ und
Bundesvorsitzender der Donauschwäbischen
Arbeitsgemeinschaft in Österreich

Karsten Eder
Stellvertretender Vorsitzender des VLÖ und
Bundesobmann der Sudetendeutschen
Landsmannschaft in Österreich

KR Ing. Martin May
Stellvertretender Vorsitzender des VLÖ und
Stellvertretender Bundesobmann der
Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen

Schein-Moral?

Die österreichische Bundesregierung hat erkannt und anerkannt, daß die Nachkriegszeit nicht nur aus dem strengen Blickwinkel Justitias betrachtet werden kann. Eine rein juristische Argumentation wird dem heute gültigen moralischen Anspruch oft nicht gerecht. Deshalb bekommen die Rothschilds jetzt schnell und unbürokratisch jene Kunstschätze zurück, die ihnen nach dem Krieg vom Staat abgenötigt worden waren. Formal handelte es sich um „Widmungen", wenn auch nicht ganz freiwillige. Was rechtlich in Ordnung ist, kann also moralisch höchst verwerflich sein. Spät, aber doch räumte die Bundesregierung der Moral den höheren Stellenwert ein.

Doch der löbliche Umdenkprozeß wirkt solange scheinmoralisch, als der neue moralische Maßstab kein allgemeingültiges Prinzip ist, das auf alle unschuldigen Opfer der Nachkriegswirren angewendet wird.

Oder ist es moralisch unbedenklich, wie das Finanzministerium die Forderung der vertriebenen Altösterreicher nach Rückgabe verfallener Sparguthaben mit – fragwürdigen – juristischen Haarspaltereien abschmettert? Ist es moralisch vertretbar, wenn Bundeskanzler Klima auf die Forderung der oö. Landesregierung nach Verhandlungen mit Prag über eine Aufhebung der Beneš-Dekrete auch drei Monaten danach noch nicht reagiert hat?

360.000 Vertriebene beziehungsweise deren Angehörige oder Erben werden darauf wohl im Wahljahr eine passende Antwort finden. –mm–

Heute als Beilage: Die Beneš-Dekrete

Viele reden über die Beneš-Dekrete – doch über den genauen Inhalt dieser „Unrechtsgrundlage" für Enteignung und Vertreibung herrscht weitverbreitete Unwissenheit. Auf vielfachen Wunsch veröffentlicht die „Sudetenpost" die wichtigsten, die Sudetendeutschen betreffenden Dekrete in dieser Ausgabe – zur besseren Handhabung als Beilage.

Havel: Bis 2003 EU-Mitglied ...

Der tschechische Präsident Václav Havel hat sich vorige Woche dafür ausgesprochen, bis zum Jahresende einen eindeutigen Termin für den Beitritt seines Landes zur Europäischen Union festzulegen. „Meiner Meinung nach könnte es sich um das Jahr 2003 handeln", sagte der Staatschef zum Abschluß eines dreitägigen Staatsbesuches in Frankreich. Havel brachte nach Frankreich auch schon Ratschläge mit, wie Europa künftig gestaltet werden sollte. Demnach ist der tschechische Präsident für eine föderatives Europa mit einer eigenen europäischen Verfassung und einem Zwei-Kammer-Parlament. Wie sich die Beneš-Dekrete mit einer europäischen Verfassung vertragen würden, auf diese Frage ging Havel in Paris natürlich nicht ein ...

DAS ZITAT

„Es gibt höhere Werte als die Grenzen eines Staates."

Der tschechische Präsident Václav Havel in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Monde" über die Krise am Balkan.

Die EU-Mühlen mahlen langsam ...

Seit langem bemüht sich die „Sudetenpost" um eine offizielle und vor allem konkrete Stellungnahme der EU-Kommission zu der Frage, ob sie die Beneš-Dekrete für vereinbar mit europäischem Recht halte. Ein am 21. Dezember an die Brüsseler EU-Zentrale geschicktes Schreiben wurde ausweichend beantwortet (nach dem Motto: das ist ein Problem zwischen Tschechien und Deutschland beziehungsweise Österreich und keines der EU). Die „Sudetenpost" gab sich damit nicht zufrieden und urgierte eine definitive Antwort. Nach vielen Wochen erreichte uns am 3. März tatsächlich eine Antwort aus Brüssel, wenn auch keine definitive. Hier der Wortlaut:

„Mit Bezug auf Ihr Schreiben ... vom 21. Dezember und unserem Telefonat von vor einigen Wochen, muß ich Ihnen hiermit mitteilen, daß es für die Dienststellen der Kommission in diesem Moment nicht möglich ist, Ihnen zusätzliche Informationen zuzusenden. Die Dienststellen prüfen in diesem Moment aber, inwiefern es möglich ist, Sie in der Zukunft detaillierter zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

W. G. Aldershoff"

Die „Sudetenpost" prüft gerade, ob sie glauben soll, daß die Dienststellen der Kommission keine Möglichkeiten zur Beantwortung hat. Viel näher liegt der Verdacht, daß sich die Kommission um jene Antwort drücken will, die sie eigentlich geben müßte, aber wohl zu brisant wäre ...

Neubauer: Wenn Bonn an Zerstörung von Rechten mitwirkt, bleibt nur Klage...

Am 20./21. 2. traf sich die XI. Bundesversammlung der SL zu ihrer 4. Sitzung im Senatssaal des Bayerischen Landtages. Die Bundesversammlung besteht aus 84 Mitgliedern, die alle vier Jahre direkt gewählt werden, zuletzt 1995. Sie ist das oberste beschlußfassende Gremium der Landsmannschaft und gilt als „Exilparlament" der sudetendeutschen Volksgruppe. Im Sinne des Vereinsrechts ist sie die Bundesdelegiertenversammlung.

Der Sprecher der Sudetendeutschen, Franz Neubauer, appellierte in seiner Rede an die neugewählte Bundesregierung, die berechtigten Anliegen der Vertriebenen zu vertreten. Bundeskanzler Schröder habe sich zur Wahrnehmung deutscher Interessen bekannt. Dazu gehörten auch die Interessen der Vertriebenen.

Neubauer übte Kritik an der Haltung des Kulturbeauftragten Naumann und an Äußerungen von Außenminister Fischer und Staatsminister Verheugen. Fischer und Verheugen hätten Äußerungen zur Eigentumsfrage gemacht, „die unsere Rechtspositionen schwächen könnten". Wenn die Bundesregierung an der Zerstörung der Rechte ihrer Bürger mitwirke, „sei es durch Verzicht oder Aufrechnung", dann werde sie gegenüber den Geschädigten regreßpflichtig. In diesem Falle „bliebe uns gar keine andere Wahl, als den Rechtsweg gegen die Bundesregierung zu beschreiten", so Neubauer, auch wenn die Landsmannschaft mit Klagen sonst Zurückhaltung übe.

Zum geplanten EU-Beitritt der Tschechischen Republik äußerte Neubauer, daß aufgrund der von der EU selbst formulierten Beitrittsvoraussetzungen vor einem Beitritt der CR die Beneš-Dekrete und das sogenannte Amnestiegesetz vom 8. 5. 1946 aufgehoben werden müßten. Er dankte dem Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber dafür, daß er auf dem Sudetendeutschen Tag 1998 diese Haltung ebenfalls nachdrücklich vertreten habe. Neubauer zufolge zeige die Politik der EU gegenüber Kroatien, daß auch die EU das Recht auf die Heimat bereits anerkenne. Diese Haltung der EU könne man sich gegenüber anderen Ländern nur wünschen; es dürfe nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Bei einem Gespräch mit Vertretern der EU im Mai wolle die Landsmannschaft diese Anliegen deutlich machen.

Neubauer würdigte die Haltung der UNO zum Recht auf die Heimat. Der für die Vertriebenen so wichtige Bericht „Menschenrechte und Bevölkerungstransfer" vom Juni 1997 sei am 17. April 1998 von der UNO-Menschenrechtskommission einstimmig gebilligt worden. Der Bericht bestätige jahrzehntealte Rechtsüberzeugungen der Sudetendeutschen zum Rückkehrrecht und zur Wiedergutmachung von Enteignungen. Die Landsmannschaft prüfe nun die Möglichkeit einer Beschwerde bei der UNO-Menschenrechtskommission, die das Heimat- und Eigentumsrecht der Sudetendeutschen, aber auch die Bestrafung der damaligen Gewaltexzesse zum Gegenstand haben solle. Dieses Verfahren sei keine Klage, sondern ein politisches Verfahren, das bereits vor einiger Zeit von sudetendeutscher Seite angewendet worden sei. Neubauer begrüßte des weiteren die Resolution Nr. 562 des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 13. 10 1998. Darin fordert die amerikanische Legislative die Wiedergutmachung aller Enteignungen in Ostmitteleuropa und Osteuropa seit der NS-Zeit ohne jede Diskriminierung nach Religion und Nationalität. Auch Deutsche könnten sich auf dieses Dokument berufen. Unverständlich sei, daß die Bundesregierung diese Dokumente von UNO und Repräsentantenhaus „ignoriert und auf Anfrage herunterspielt".

Zu den Forderungen von Zwangsarbeitern und anderen alten Forderungen gegen Deutschland erklärte Neubauer, sie zeigten – ob berechtigt oder unberechtigt – zunächst einmal, „daß über Unrechtstaten dieser Dimension nicht einfach Gras wächst". Die offenen Fragen kämen früher oder später wieder an die Oberfläche, was aber auch uneingeschränkt für die Sudetendeutschen zu erwarten sei. Neubauer begrüßte, daß tschechische und jüdische Opfer nun Leistungen erhielten, verwahrte sich aber gegen eine völlig einseitige Wiedergutmachung alten Unrechts: „Das könnten wir nicht als gerecht akzeptieren."

Möglichkeit von Sammelklagen geprüft

Neubauer gab erstmals bekannt, daß die SL die Möglichkeit von Sammelklagen nach amerikanischem Recht „mit aller Sorgfalt prüft". Es seien hier vielfältige rechtliche, politische und vor allem finanzielle Fragen zu klären. „Die Bedeutung dieser Sache ist aber klar, und wir sind dementsprechend gründlich und intensiv dabei, eine exakt abgewogene Entscheidung vorzubereiten."

Franz Neubauer: Sammelklagen nach US-Recht werden mit aller Sorgfalt geprüft.

Neubauer berichtete der Versammlung über die Arbeit des deutsch-tschechischen Zukunftfonds und des Dialogforums. Beim Fonds müsse verhindert werden, daß durch eine offene Ungleichbehandlung der sudetendeutschen Opfer von Gewalt und Vertreibung „Opfer zweiter Klasse" entstehen. Damit werde sich die SL nicht abfinden.

Das Dialogforum habe sich Anfang Dezember in Dresden zu seiner zweiten Sitzung getroffen. Sie sei aus Sicht der SL gut verlaufen, die Frage der Beneš-Dekrete habe vom stellvertretenden SL-Vorsitzenden Posselt in Anwesenheit der beiden Staatspräsidenten Herzog und Havel angesprochen werden können. Der Stellenwert des Forums werde sich aber erst dann zeigen, wenn die eigentlichen Problembereiche thematisiert würden, was Mitte 1999 geschehen könne. In keinem Falle könne es einen direkten Dialog zwischen Repräsentanten der SL und tschechischen Regierungsvertretern ersetzen.

Auch positive Entwicklungen in Tschechien

In der Tschechischen Republik gebe es trotz aller Verhärtungen auch positive Entwicklungen. Neubauer nannte hier:

❍ Eine Äußerung des tschechischen Botschafters Frantisek Cerny vom Juni 1998, in der ein deutliches Abrücken von den Beneš-Dekreten sichtbar wurde. Die tschechische Presse diskutierte die Frage der Dekrete nunmehr breit.

❍ Die Petition „Ohne Angst vor der Vergangenheit" von 78 Personen des öffentlichen Lebens in der CR, in der die Aufhebung der Beneš-Dekrete und der direkte sudetendeutsch-tschechische Dialog verlangt wird.

❍ Schließlich ein tschechisches Ermittlungsverfahren zur Aufklärung des 31fachen Mordes an Sudetendeutschen in dem Ort Totzau bei Karlsbad Anfang Juni 1945. Es sei von deutscher Seite her in Gang gebracht worden, liege aber nun bei den tschechischen Ermittlungsbehörden. Aufgrund unguter Erfahrungen mit solchen tschechischen Ermittlungsverfahren appellierte Neubauer an die Bundesregierung und an Bayern, darauf hinzuwirken, daß solche Ermittlungen ernsthaft geführt werden.

Neubauer erwähnte abschließend, daß auch in der Slowakei eine kritische Diskussion über die dort ebenfalls noch geltenden Beneš-Dekrete in Gang gekommen sei. Er begrüßte, daß vor kurzer Zeit Slowenien die Existenz einer deutschsprachigen Volksgruppe anerkannt habe und diese nun ein gutes Minderheitenrecht genießen solle. Er resümierte, die politischen Anliegen der Sudetendeutschen seien „heute aktueller denn je". Er appellierte an die Bundesversammlung, Einigkeit und Geschlossenheit in Grundsatzfragen zu wahren und den bevorstehenden Sudetendeutschen Tag – den nunmehr fünfzigsten – zu einer eindrucksvollen „Großdemonstration für die Anliegen der Sudetendeutschen zu machen.

Recht, nicht Rache für vertriebene Sudetendeutsche und Deutsch-Untersteirer

Nein zu einem EU-Beitritt von Tschechen und Slowenen, solange die menschenrechtswidrigen Dekrete nicht aufgehoben sind.

Recht, nicht Rache für die vertriebenen Sudetendeutschen und Deutsch-Untersteirer, fordert angesichts der aktuellen Diskussion über einen möglichen EU-Beitritt von Tschechien und Slowenien der Wiener LAbg. Heinz-Christian Strache, selbst sudetendeutscher Herkunft (Reichenberg).

„Für einen rechtschaffenen europäischen Politiker muß es oberste moralische Verpflichtung und Aufgabe sein, nur jene Staaten in die Europäische Union aufzunehmen, welche neben den demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Richtlinien auch den internationalen Menschenrechtskriterien entsprechen", betonte Strache. Dies sei in der momentanen Situation, sowohl bei Tschechien wie auch bei Slowenien, nicht der Fall. Beide Staaten hätten sich an der millionenfachen Massenvertreibung, Massenenteignung und Massenermordung unschuldiger Menschen schuldig gemacht, so Strache weiter. „Diese Verbrechen an der Menschheit werden bis heute durch menschenrechtswidrige und verhöhnende Beneš- und AVNOJ-Bestimmungen in beiden Staaten rechtlich legitimiert."

Angesichts der EU-Osterweiterungsdiskussion forderte Strache die Bundesregierung auf, ihrer verpflichteten Schutzfunktion für die vertriebenen Altösterreicher nachzukommen und einen EU-Beitritt der Tschechischen und Slowenischen Republik von der Aufhebung der menschenrechtswidrigen Dekrete abhängig zu machen. Erst danach könne über weitere politische Schritte und allfällige Zugeständnisse diskutiert werden. Jede andere Entscheidung der EU würde jeglicher moralischer Grundlage entbehren.

„Es kann nicht angehen, daß die Nachkommen Vertriebener, Enteigneter und Ermordeter bei einem allfälligen EU-Beitritt Tschechiens und Sloweniens auch noch den wirtschaftlichen Aufschwung ihres ehemaligen Peinigers mit Milliarden von Steuergeldern zu finanzieren haben. Nur wenn die betroffenen Staaten bereit sind, ihre Unrechtstaten einzugestehen, die Beneš-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen aufzuheben und in Wiedergutmachungsverhandlungen einzutreten, steht einem EU-Beitritt nichts im Wege", erklärte Strache.

„Wenn die EU eine auf Recht aufgebaute Gemeinschaft sein will, so müssen die angesprochenen Mindestforderungen einer befriedigenden Lösung zugeführt werden. Wenn man in Europa einen langfristigen Frieden und ein Vertrauen der Menschen in Recht und Gerechtigkeit haben will, so muß man die geeigneten Voraussetzungen schaffen und die in der EU üblichen rechtsstaatlichen Kriterien auch einhalten. Und dies ohne Ausnahme und Ausreden. Sonst wird die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Europäische Union bei den in ihr lebenden betroffenen Völker noch stärker leiden", schloß Strache.

Wie kam es zum 4. März 1919?

Am 4. März 1919 schoß tschechisches Militär wahllos und willkürlich auf friedlich und waffenlos für ihr Selbstbestimmungsrecht demonstrierende Sudetendeutsche. 54 Tote, vom elfjährigen Kind bis zum 83jährigen Greis, dazu mehr als tausend Verwundete, waren die Folge. Sudetendeutsche wurden die ersten Opfer im Kampf für das Selbstbestimmungsrecht. Hier die Vorgeschichte dieser Tragödie:

Am 28. Oktober 1918 wurde in Prag die Tschechoslowakische Republik ausgerufen. Sie war einer der Teilstaaten, die aus dem Zerfall der Österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgingen. Ihre Entstehung verdankte sie in erster Linie der irredentistischen Aktivität der tschechischen Politiker Prof. Dr. G. Masaryk und Dr. Edvard Beneš während des Ersten Weltkrieges.

Die Führer der tschechischen Emigration begründeten ihren Anspruch auf die Bildung eines tschechischen Staates mit den vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson am 8. Jänner 1918 verkündeten 14 Punkten. Mit diesen Punkten hatte Wilson auch das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung verkündet, was von den slawischen Völkern der Donau-Monarchie zum Anlaß genommen wurde, die Errichtung eigener Staaten zu fordern. Deren Punkt 10 lautete: „Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz wir im Kreise der Nationen gefestigt und gesichert sehen wollen, ist die Möglichkeit zur unbehinderten und autonomen Entwicklung einzuräumen."

Nach der Proklamierung des unabhängigen tschechoslowakischen Staates und der gewaltsamen Besetzung der sich weiter zu Österreich bekennenden sudetendeutschen Gebiete wurde es für die in Böhmen, Mähren und Österreich-Schlesien lebenden Deutschen immer klarer, daß die Tschechen das von Präsident Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht nur für sich in Anspruch nehmen wollten, es jedoch den anderen zum Staat gekommenen Minderheiten verweigerten.

Die deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates hatten am 6. Oktober 1918 in einer Entschließung das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs anerkannt, jedoch auch „das gleiche Recht für das deutsche Volk Österreichs" betont.

Die in den Sudetengebieten lebende Bevölkerung sah die Erfüllung ihres Selbstbestimmungsrechtes im Verbleib bei Österreich, und zwar in der damals eben gebildete Republik Deutsch-Österreich. In einem Memorandum, das dem Staatskanzler Dr. Karl Renner als Chef der deutsch-österreichischen Regierung überreicht wurde, forderten die Sudetendeutschen, das von Präsident Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht auch ihnen zu gewähren und die beabsichtigte Trennung der deutsch-böhmischen Gebiete von Österreich und ihre Einverleibung in die Tschechoslowakei zu überprüfen. Im Interesse der Gerechtigkeit wurde eine Volksabstimmung „in Abwesenheit der tschechischen Truppen" gefordert, deren Ergebnis klarstellen sollte, welchem Staat die Sudetendeutschen anzugehören wünschten. Diese genannten Truppen setzten sich aus Angehörigen des tschechisch-nationalen Turnvereins „Sokol" (d. h. „Falke"), aus Milizen und schließlich aus den aus Frankreich und Rußland zurückgekehrten tschechischen „Legionären" zusammen. Die Sudetendeutschen hatten der Besetzung ihres Gebietes keinen bewaffneten Widerstand entgegengesetzt, vor allem in der Absicht, die kommenden Friedensverhandlungen nicht zu beeinträchtigen.

Am 4. März 1919 trat der neugewählte deutsch-österreichische Nationalrat zusammen, an dem sich die gewählten Mandatare der Sudetendeutschen beteiligen wollten. Die Wahlen dazu wurden jedoch von der tschechischen militärischen Besatzung verboten. Die deutschen Parteien, an ihrer Spitze die Sozialdemokratische Partei, riefen daher zu friedlichen Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht auf. Die Sozialdemokraten proklamierten darüber hinaus den Generalstreik.

Die Demonstrationen fanden in allen Bezirksstädten der deutschsprachigen Gebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens statt. In einigen Städten, so in Kaaden, Mies, Reichenberg, Arnau, Aussig, Karlsbad, Sternberg, Kaplitz usw. feuerte das tschechische Militär in die Demonstrierenden. Die Todesopfer und die Verwundeten sollten sich immer als eine Hypothek für das deutsch-tschechische Verhältnis in der Tschechoslowakei erweisen.

Die 54 Toten des 4. März 1919 waren die ersten Opfer für das Selbstbestimmungsrecht.

Seither ist für die Sudetendeutschen der 4. März ein besonderer Gedenktag: der Tag, an dem ihre Freiheit und ihre staatliche Selbstbestimmung unter tschechischen Kugeln begraben wurde.

Ohne die tschechische militärische Okkupation des Sudetenlandes 1918 und ohne die tschechischen Kugeln des 4. März 1919 wäre der zwischen England, Frankreich und der CSR am 21. September 1938 vereinbarte Gebietsteilungsplan – die sogenannte „Prager Abtretungs-Erklärung" über die Abtretung der deutschsprachigen Gebiete der CSR an Deutschland – nicht nötig gewesen. Die Festlegung der Durchführungsbestimmungen über diesen Plan, das „Münchener Abkommen", abgeschlossen zwischen England, Deutschland, Frankreich und Italien, hätte sich ebenfalls erübrigt.

In weiterer Folge wäre es auch im Jahre 1939 kaum zum Zerfall der Tschechoslowakischen Republik durch Errichtung einer selbständigen Slowakischen Republik und durch die Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren gekommen.

Protektoratserrichtung vor 60 Jahren: Was oft übersehen wird...

Der Ostdeutsche Arbeitskreis Hochtaunus befaßte sich anläßlich des bevorstehenden sechzigsten Jahrestages der Errichtung des „Protektorates Böhmen und Mähren" durch die Hitler-Regierung mit der kritischen Analyse der Nachkriegsgeschichtsschreibung über diesen für die deutsch-tschechischen Beziehungen bedeutsamen historischen Eckstein.

Die Sudetendeutschen, die nach dem völkerrechtlichen Befund mit der Protektoratsfrage nichts zu tun haben, mußten für Hitlers „Griff nach der Rest-Tschechei" schwer büßen. Für sie ist von Belang, zu hinterfragen, ob Hitlers Schritt unter den obwaltenden zeitlichen Umständen unvermeidbar war. Dazu gehören unter anderem folgende Fakten: Chamberlain sprach im Dezember 1939 von militärischen Maßnahmen gegen Deutschland, obwohl er im September 1938 mit Hitler eine Freundschaftserklärung unterzeichnet hatte. Die CSR galt als „Flugzeugmutterschiff" des Westens" (französischer Luftfahrtminister Cot) und als „antideutsches Bollwerk, angelegt auf einen Krieg" (Chudoba, 1964). Die von Deutschland neben den Franzosen auf die Instabilität der CSR formal angesprochenen Engländer wollten sich in „Angelegenheiten, die andere Länder unmittelbar angehen", nicht einmischen. Gleichzeitig sagten sich die Slowaken unter deutlichen Sympathiebekundungen der Polen von der CSR los (daher „Rest-Tschechei"). In Prag bereiteten sich faschistische Gruppierungen auf eine Machtübernahme vor. Angesichts dieses Scherbenhaufens suchte der tschechische Präsident Hacha vergeblich Hilfe bei den diplomatischen Vertretungen der Briten in Prag und Berlin. Schließlich wandte er sich auf Anraten des britischen Botschafters in Deutschland und mit Zustimmung des tschechischen Parlaments an Hitler. Vor ihm stellte er einleitend die Frage, „ob es für die CSR überhaupt ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein"? Dem Gerücht, Hacha sei bei der Berlin-Konferenz brutal unter Druck gesetzt worden, widersprach außer zwei deutschen Staatssekretären auch die Tochter Hachas und der sowjetische Außenminister Molotow. Chamberlain reagierte am 15. März 1939 auf den Einmarsch Hitlers maßvoll unter Zustimmung der meisten Tories. Zwei Tage darauf erkannte der britische Außenminister Lord Halifax offenbar die Versäumnisse seiner Regierung in der Protektoratsfrage und begann die Engländer wegen angeblicher Welteroberungspläne Hitlers auf einen Krieg vorzubereiten. In seinen Memoiren räumte er ein, daß er dazu bereits im Jahre 1936 entschlossen gewesen sei und lediglich einen Anlaß dafür gesucht habe.

Den Mitgliedern des Ostdeutschen Arbeitskreises, die als Heimatvertriebene selbst Opfer nazistischer Verbrechen sind, liegt es fern, Hitlersche Gewaltakte verharmlosen zu wollen. Sie haben jedoch in zeitgenössischer Darstellung der Vorgänge um die Errichtung des Protektorats Wissenslücken entdeckt, in denen sich nicht selten Unwahrheiten einnisten.

FORMULARDRUCK
GENSTORFER
Ges.m.b.H. & Co KG • Im Hühnersteig 9 • A-4020 Linz
Telefon: (0 73 2) 27 43 51-0* • Fax (0 7 32) 27 43 53 17

Franz Neubauer: 4. März – Tag des Selbstbestimmungsrechts

Vor 80 Jahren, am 4. März 1919, wurden die friedlichen Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker in einer Reihe von sudetendeutschen Städten mit Waffengewalt niedergeschlagen. Aus diesem Anlaß erklärte der Sprecher der Sudetendeutschen, Franz Neubauer: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt eines der wichtigsten Ordnungsprinzipien für ein friedliches und gutnachbarschaftliches Zusammenleben der Völker und Volksgruppen. Wo es verletzt wird, sind schwere Konflikte unvermeidlich, man denke nur an die Kosovo-Albaner, die Tibeter und Kurden, an Ost-Timor und an die Konflikte in Bosnien und im Nahen Osten.

Zum Wesen des Selbstbestimmungsrechts gehört zumindest ein echtes Volksgruppenrecht, das die freie und eigenständige Entwicklung der jeweiligen Minderheit oder Volksgruppe ermöglicht. Ein solches Volksgruppenrecht schafft keine Konflikte, sondern kann diese beenden. Auch dafür gibt es viele Beispiele, etwa in Südtirol, in Katalanien, in Belgien und in Ungarn. Dagegen führt die völlige Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts zu Spannungen und Konflikten, die generationenlang andauern können, so lange, bis eine gerechte Lösung gefunden wird.

Den Sudetendeutschen ist in diesem Jahrhundert bisher keine Gerechtigkeit geschehen. 1918/19 wurden sie mit offener Gewalt in einen tschechoslowakischen Staat gezwungen, zu dem sie nicht gehören wollten und von dem sie schlecht behandelt wurden. 1938 brachte das Münchener Abkommen den Sudetendeutschen die vermeintliche Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts. 1945/46 kam es zu der historisch beispiellosen Vertreibung und Enteignung fast der gesamten Volksgruppe, der denkbar schwersten Verletzung des Selbstbestimmungsrechts überhaupt.

Neubauer appellierte an die Sudetendeutschen, sich von den momentanen Schwierigkeiten nicht entmutigen zu lassen, sondern unbeirrbar an der Verwirklichung der Rechte der Volksgruppe weiterzuarbeiten: „Es gibt genug Entwicklungen, die uns Hoffnung geben, vor allem die europäische Einigung". Bei den Gedenkveranstaltungen sollte nicht nur der 54 Toten des März 1919 gedacht werden, sondern auch der rund 25 Sudetendeutschen, die bereits im November und Dezember 1918 bei den Kämpfen gegen die tschechischen Besatzungstruppen und bei Übergriffen – namentlich in Oberleutensdorf, Gastorf, Mährisch-Trübau, Brüx und Kaplitz, ihr Leben ließen und die die ersten Opfer des Selbstbestimmungsrechts der Volksgruppe waren.

Zeihsel: Konsequentes Vorgehen führt am ehesten zum Erfolg

Der Hardliner gegen die katholische Kirche in der Tschechischen Republik (CR), Ministerpräsident Milos Zeman, hat in den letzten Tagen eine Entspannungsphase eingeleitet. Dies, obwohl die Kirche in der kirchenfeindlichen CR wenig Bedeutung hat. Dazu erklärte der Bundesreferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zeihsel, daß diese Entwicklung zeige, daß ein konsequentes Vertreten eines Rechtsstandpunktes noch am ehesten zum Erfolg führt.

Zeihsel fordert daher weiter die Unterstützung der Regierungen von Deutschland und Österreich für den berechtigten friedlichen Rechtskampf der Sudetendeutschen.

In München hat der Sprecher der Sudetendeutschen, Franz Neubauer, auf der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft erklärt: „Wenn die Bundesregierung an der Zerstörung der Rechte ihrer Bürger mitwirke, werde sie gegenüber den Geschädigten regreßpflichtig! In diesem Fall bleibt uns keine andere Wahl, als den Rechtsweg gegen die (deutsche – Red.) Bundesregierung zu beschreiten" (siehe dazu den ausführlichen Bericht in dieser Ausgabe).

Die Sudetendeutschen wollen eine Beschwerde bei der UN-Menschenrechtskommission einlegen. Gegenstand soll das Heimat- und Eigentumsrecht der Volksgruppe sein und die Strafverfolgung der Vertreibungsverbrecher. Zusätzlich werden Sudetendeutsche von juristischer Seite überprüfen lassen, ob die Wiedergutmachung von Enteignungen durch Sammelklagen nach amerikanischem Recht geltend gemacht werden können.

Die Sudetendeutschen weisen dabei darauf hin, daß sie nach dem Krieg in der CSR Zwangsarbeit hatten verrichten müssen und daß Bankguthaben, Versicherungen sowie anderes Eigentum einbehalten worden seien und zahlreiche Kunstgegenstände als Raubkunst noch heute im Besitz von tschechischen Museen, Institutionen und Privatpersonen sind.

Delegiertenkonferenz

Zur diesjährigen Delegiertenkonferenz trafen sich die Vertreter der sudetendeutschen Priester aus den alten und neuen Diözesen sowie den Orden vom 7. bis 10. Februar 1999 im Haus St. Johann in Brannenburg. Der Vorsitzende des SPW, P. Norbert Schlegel, informierte dabei die anwesenden Mitbrüder über seinen im Herbst 1998 erfolgten Umzug nach Brannenburg und seine Bemühungen, dafür zu sorgen, daß sich das Haus zu einem sudetendeutschen kirchlichen Mittelpunkt der Bildungsarbeit und zu einem Zentrum sudetendeutscher Seelsorge entwickle. Weihbischof Gerhard Pieschl berichtete als Beauftragter der deutschen Bischofskonferenz über die Neuordnung der kath. Vertriebenenseelsorge. Zu den Apostolischen bzw. Kanonischen Visitatoren von Branitz, Breslau, Danzig, Ermland, Glatz und Schneidemühl kommen nun noch Visitatoren für die Donauschwaben, Rußlanddeutschen und Sudetendeutschen hinzu. Pieschl betonte die Bedeutung der Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, zu deren Neuordnung eine Broschüre als Arbeitshilfe erstellt wurde.

Als Gäste der Delegiertenkonferenz waren Frau Steffke von der Ackermanngemeinde und Geschäftsführer Franz Pany von der Sudetendeutschen Landsmannschaft anwesend. Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Staatsminister a. D. Franz Neubauer, referierte und diskutierte mit den Priestern über Probleme des sudetendeutsch-tschechischen Verhältnisses.

spw.

Tribüne der Meinungen

Mitarbeiten statt bemängeln

Die Überschrift „Dringend nötig: Aktivitäten", in der Rubrik „Tribüne der Meinungen", „Sudetenpost", Nr. 4/99 – die sicher nicht von Ing. Hois aus Enns stammt – und der Leserbrief zeigen, daß die „Sudetenpost" bestrebt ist, „Biß zu haben", wie es ein Verantwortlicher am Erscheinungsort immer wieder gerne ausdrückt.

Biß zu haben ist für Boulevardzeitungen lebensnotwenig, sonst würde sie kein Mensch mehr kaufen, aber gezielte Bisse ins eigene Fleisch leisteten sich diese Zeitungen und Magazine bis jetzt noch nicht.

Ich finde es auch – bei aller notwendigen konstruktiven Kritik – nicht für notwendig, Bissigkeit zu produzieren und zu verbreiten, denn von der „Sudetenpost" werden von den meisten Landsleuten und Interessenten sachliche Information und klare Aussagen verlangt.

Den der SLÖ, eigentlich aber der „Sudetenpost" gemachte Vorwurf, die „Tribüne der Meinungen" werde von nicht einmal einem Dutzend Personen – die vielleicht sogar Landsleute sind – dazu benutzt, um als Sprachrohr für Aussagen zu dienen, die wegen ihrer Aggressivität und sogar Polemik sonst nicht so einfach unterzubringen wären, gilt es sicher zu überdenken. Dies betrifft jedoch nicht die große Anzahl von qualitativ hochwertigen Leserbriefen, die dann nicht genügend Beachtung finden. Wenn nämlich die Zugänge der Liebhaber von „Skandalmeldungen" geringer sind, als die dadurch verursachten Abgänge, dient es weder der „Sudetenpost" noch der SLÖ.

Der Hinweis, daß Leserbriefe persönliche Meinungen sind, erklärt aber nicht, warum man mit konfusen Aussagen Bezieher oder Leser negativ einstimmen will. Nur um diese Verunsicherung zu vermeiden, einige Fakten, die über das Grundsätzliche hinausgehen.

Weder ich noch meine Begleitung haben an einer 70-Jahr-Feier in der tschechischen Botschaft in Wien teilgenommen. Die hätte im Jahr 1988 stattfinden müssen. Ob damals in der Botschaft gefeiert wurde, entzieht sich daher meiner Kenntnis und interessiert mich auch nicht.

Vielleicht verwechselt das auch jemand mit Einladungen zu diplomatischen Empfängen, die laufend stattfinden und nach Möglichkeit auch wahrgenommen werden, so wie unsere Einladungen zu verschiedenen Veranstaltungen auch wahrgenommen werden, wie dies die „Sudetenpost" immer wieder berichtet.

Zur Medienpolitik brauche ich wohl nichts zu sagen, außer der Frage: Wer von den Lesern weiß noch nicht, daß auch diese Tätigkeit ehrenamtlich, das heißt unbezahlt, wahrgenommen wird und uns daher auch aus zeitlichen Gründen kein Medienapparat zur Verfügung steht? Wer von (feiger) Zurückhaltung spricht, hat wirklich keine Ahnung von unseren diesbezüglichen Aktivitäten, liest keine Zeitung und kennt weder Fernsehen noch Radio.

Zur Konzentration der Kräfte kann ich außer völliger Unwissenheit und unrealistischem Wunschdenken wirklich kein Wort verlieren, ebenso wie zum nächsten Punkt.

Es ist beinahe eine Beleidigung, wie unseren Mitarbeitern, von denen manche schon seit Jahrzehnten ehrenamtlich tätig sind, Untätigkeit, Unterlassung, Ideenlosigkeit und mangelnder Einsatzwille vorgeworfen und guter Rat gespendet wird. In einem Punkt muß ich dem Leserbriefschreiber allerdings völlig recht geben: Gedanken alleine genügen nicht. Sie müssen auch umgesetzt werden. Daß es bei der Umsetzung zu beachtlichen – wenn auch nicht genügenden – Erfolgen kam, verdanken wir tausenden Landsleuten, die in verschiedensten Funktionen, ebenso wie ich, in ihrem Bereich tätig waren und sind. Nicht aber jenen, die nur „gute" Ratschläge anbieten, ohne selbst tätig zu werden oder zu sein. Daher dringend nötig: Mitarbeiten statt bemängeln.

Karsten Eder, Wien

Deutsche Zwangsarbeiter

Freudig und dankbar stelle ich fest, daß Sie meine zu Papier gebrachten Erinnerungen in der „Sudetenpost" in einigen Folgen abdrucken und damit die furchtbaren Erlebnisse vieler Gablonzer Männer der Öffentlichkeit als Beitrag gegen das Vergessen und als Information für die Folgegeneration zugängig machen.

Dazu gehört auch das immer mehr verdrängte auch in meinen Aufzeichnungen geschilderte Erleben des bitteren Neubeginns nach in meinem Fall rund dreieinhalb Jahren Internierung – davon drei Jahre schwerster Zwangsarbeit in der Sowjetunion ohne jede Entlohnung – und das erlebte Unverständnis bei den in Deutschland einheimischen „Nichtverlierern".

Wir, die inhaftierten Gablonzer, wurden zwar als Kriegsgefangene bezeichnet und behandelt, waren aber in Wahrheit Zivilgefangene.

Immer wieder und in der letzten Zeit besonders werden für die ausländischen in Deutschland während des Krieges Dienstverpflichteten jetzt Entschädigungen in Milliardenhöhe gefordert und sicher auch gezahlt. Niemand aber kümmert sich unter anderem um die unzähligen deutschen Nachkriegszwangsarbeiter in der Sowjetunion und in der Tschechei.

Hermann Lange, D-Schöneck/Hess.

Beneš-Dekrete sind Dokumente eines pathologischen Hasses

Rudolf Kucera, Direktor des Instituts für politologische Studien an der FSV der Karlsuniversität, Chefredakteur der Zeitschrift „Mitteleuropa", schreibt in „Hospodarske noviny" (4. 2. 99) folgenden Artikel über „Die Dekrete in unserer Rechtsordnung", den wir auszugsweise wiedergeben: Die Dekrete des Präsidenten waren totalitär, und als solche hätten sie es verdient, aufgehoben zu werden. Sie sollten keinen Bestandteil unserer Rechtsordnung bilden.

Die Frage der Beneš-Dekrete wurde in unserer Gesellschaft bisher allzu wenig sachlich diskutiert. Die Dekrete, die die Deutschen betrafen, waren neun an der Zahl, davon sieben explizit (nach Zählung der SL eher zwölf bis fünfzehn – d. Red.).

Beachten wir näher das Dekret Nr. 108 vom 25. Oktober 1945. Es behandelte die entschädigungslose Konfiskation des unbeweglichen sowie beweglichen Eigentums sowie die Eigentumsrechte juristischer und natürlicher Personen deutscher und ungarischer Nationalität, „mit Ausnahme von Personen, die nachweisen, daß sie der CSR treu geblieben sind, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen haben und sich entweder aktiv am Befreiungskampf beteiligt oder unter dem nazistischen oder faschistischen Terror gelitten haben". Das tschechoslowakische Innenministerium hat dann eine Broschüre für die Nationalausschüsse herausgegeben, die diese instruieren sollte, wie dieses Dekret zu verstehen und anzuwenden sei. Denn gemäß diesem Dekret hatten die zuständigen Nationalausschüsse über die Konfiskationen entschieden. In der Einführung wird gesagt, es sei „alles zu konfiszieren, was überhaupt einen materiellen Wert darstellt".

Dieses Dekret war totalitär, weil es alle vorherigen Konfiskationen vollendet hat, und überdies all das konfiszierte, was bisher entgangen war. Gemäß diesem Dekret wurde das Eigentum konfisziert, das vor allem die Sudetendeutschen am Tag der faktischen Beendigung der deutschen und ungarischen Okkupation besaßen, und zwar mit Wirksamkeit zum 30. Oktober 1945. Das heißt, es wurde auch solches Eigentum konfisziert, das nach der Beendigung der Okkupation erworben wurde. Die Ausnahmen von diesem Dekret sind bedeutungslos.

Ist die CR ein Rechtsstaat?

Wenn einige tschechische „Historiker" heute behaupten, daß die Beneš-Dekrete durch die Aufnahme der Urkunde der Menschenrechte in die tschechische Verfassung eigentlich annulliert worden seien oder daß sie rechtlich „kalt geworden sind", dann muß man dazu sagen, daß dem nicht so ist.

Das tschechische Verfassungsgericht hat durch sein Urteil vom 8. März 1995 das Dekret Nr. 108 verteidigt und seine Rechtsmäßigkeit bestätigt. Eine entschädigungslose Konfiskation von privatem Eigentum und nota bene nur aufgrund der Volkszugehörigkeit war, ist und wird immer ein Verbrechen sein.

Das Verfassungsgericht hat mit seinem Befund vom März 1995 bestätigt, daß die CR bisher kein Rechtsstaat im wahren Sinne ist und daher nicht in die EU gehört. Nach verschiedenen Einschätzungen waren von den Beneš-Dekreten rund zwei Millionen völlig unschuldiger Menschen betroffen – das ist bereits ein Grund dafür, daß wir Tschechen danach streben sollten, sie aus der Welt zu schaffen und nicht versuchen sollten, die Dekrete in die EU hineinzuschmuggeln.

Beitritt nach Europa

Wenn aber jemand die sogenannten Dekrete nach acht Jahren eines demokratischen Regierungssystems und der Weltoffenheit liest, so kann er dort nichts anderes finden, als daß dies Dokumente eines pathologischen nationalen oder gar rassistischen Hasses mit klar totalitärem Charakter sind. Historiker können sie von verschiedenen Seiten interpretieren, es wird für den tschechischen Bürger letztendlich immer die Frage entstehen: Was haben wir damit zu tun? Nota bene wenn die Gefahr besteht, daß wir infolge dieses rechtlichen und moralischen Marasmus' Probleme mit der Aufnahme in die europäischen Strukturen bekommen sollten. Man hört allerdings Argumente, wonach die Aufhebung der Dekrete ein eigentumsrechtliches Erdbeben und den Zusammenbruch der gesamten Rechtsordnung bedeuten könnte – und man bekommt Angst. Das sind Befürchtungen, die nicht begründet werden können. Das Gegenargument lautet: Würden die Dekrete zu einem bestimmten Datum aufgehoben, z. B. ab unserer definitiven Aufnahme in die NATO, dann würde das eigentumsrechtlich nichts bewirken und unsere Rechtsordnung würde mit der der EU kompatibler werden.

46jähriger, seit seiner Geburt an beiden Händen körperbehinderter Sammlerfreund, sucht alte Sportabzeichen, Anstecknadeln und Medaillen von Fußball- und Tennisvereinen aus dem ehemaligen Sudetenland. Frühere Spieler, Trainer, Funktionäre und Schiedsrichter sowie deren Angehörige, welche noch im Besitz solcher Sachen sind und diese nicht mehr benötigen, mögen sich doch bitte bei

WERNER GLASER, *Treibhausgasse 7*,
A-2183 Neusiedl an der Zaya,
Tel. 0 25 33 / 89 7 82 (ab 18.00 Uhr) melden.

Ich würde mich wirklich über eine Antwort von Ihnen sehr freuen. Großes Interesse meinerseits besteht auch noch an Tabellenmaterial über den Fußball im ehemaligen Sudetenland.

Maut: Es drohen hohe Strafen

Autofahrer in Tschechien benötigen seit Anfang Februar eine neue Autobahn-Vignette. Wer ohne das Pickerl auf der Windschutzscheibe aufgehalten wird, muß mit Strafen von bis zu 5.000 Kronen (1870 Schilling / 267 Mark) rechnen. Die Aufkleber mit einer Gültigkeit bis Ende Jänner 2000 sind zu gestaffelten Preisen an Grenzübergängen und Tankstellen in Tschechien erhältlich. Die Gebühr für ein Auto beträgt derzeit 800 Kronen.

Deutscher Verdienstorden für Kardinal Vlk: Bitte um Verzeihung für alles Unrecht...

Der deutsche Bundespräsident Roman Herzog hat den Prager Erzbischof und Primas der katholischen Kirche in Tschechien, Kardinal Miloslav Vlk, kürzlich in Berlin mit dem Großen Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet. Vlk bat in seiner Dankesrede um Verzeihung für das an Deutschen verübte Unrecht.

Bei der Ordensverleihung im Berliner Schloß Bellevue, an der auch der tschechische Präsident Václav Havel teilnahm, forderte Herzog, beide Völker müßten aufeinander zugehen, ohne sich zu überfordern. Herzog wörtlich: „Aussöhnung ist aber immer nur erfolgreich, wenn wir in der Wahrheit leben." Bundespräsident Herzog würdigte Vlk als „Baumeister der Brücke der Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen". Er sei einer der wichtigsten Stützpfeiler dieser Brücke. Kardinal Vlk symbolisiere auch die Rolle der Kirche im Versöhnungsprozeß.

In einer Dankesrede forderte Kardinal Vlk Deutsche und Tschechen dazu auf, die Vergangenheit zu überwinden. Im Namen seiner Kirche bat er „unsere deutschen Landsleute für alles Unrecht, das ihnen in der Vergangenheit angetan wurde, um Verzeihung". Die Ordensverleihung sei ein historischer Augenblick auf dem Weg zu einer deutsch-tschechischen Versöhnung.

Vlk hatte sich gleich nach der Wende 1989 als Bischof von Budweis vehement für die deutsch-tschechische Aussöhnung eingesetzt. Der im Jahre 1991 vom Papst zum Erzbischof von Prag ernannte Kardinal verurteilte schon damals die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg „als zutiefst unmoralische Tat". Die Anerkennung der eigenen Schuld hält er für eine Voraussetzung von Versöhnung.

Millionenförderung für Isergebirgs-Museum

Eine Million Mark vom Bund und 1,8 Millionen Mark vom Freistaat Bayern – insgesamt also umgerechnet fast 20 Millionen Schilling – bekommt der Gablonzer Heimatkreis e.V. für den Ausbau des Gablonzer Hauses in Neugablonz. Entsprechende Zusagen erhielt der Verein Ende vergangenen Jahres mit der Auflage, die Sammlungen zu einem Isergebirgs-Museum auszubauen. Der Umbau mit veranschlagten Kosten von 3,1 Millionen Mark ist der Einstieg in ein Konzept, dessen Verwirklichung das Gablonzer Haus bundesweit zu einem einzigartigen Museum machen soll. Der noch fehlende Schlußstein ist die Einstellung einer wissenschaftlich qualifizierten Museumsleitung. 500.000 Mark hatte der Verein bisher in den Umbau investiert.

Die Toten des 4. März 1919

Wir verzeichnen nachstehend die Namen der am 4. März 1919 ermordeten Sudetendeutschen, die im Glauben an das Selbstbestimmungsrecht von tschechischem Militär erschossen wurden.

Es starben am 4. März des Jahres 1919 eines gewaltsamen Todes:

Anna Sachs, Brauereimeistersgattin (41 Jahre), Arnau. Aloisia Baudisch, Arbeiterin (16 Jahre), Arnau. Franz Jarsch, Fleischhauer (60 Jahre), Aussig. Josef Christl, Student (18 Jahre), Eger. Grete Reinl, Studentin (18 Jahre), Eger. Franz Schneider, Schuhmacher (52 Jahre), Kaaden. Josef Wolf, Tagearbeiter (51 Jahre), Kaaden. Erich Benesch, Spinnmeister (30 Jahre), Kaaden. Andreas Benedikt, Bäcker (46 Jahre), Kaaden. Franziska Paßler, Gerbersgattin (46 Jahre), Kaaden. Anna Rott, Spenglersgattin (41 Jahre), Kaaden. Marie Ziener, Näherin (18 Jahre), Kaaden. Arianne Sturm, Näherin (24 Jahre), Kaaden. Karl Tauber, Schüler (14 Jahre), Kaaden. Ludmila Doleschal, Näherin (26 Jahre), Kaaden. Leopoldine Meder, Schneiderin (28 Jahre), Kaaden. Karl Lochschmid, Schüler **(11 Jahre),** Kaaden. Paula Schmiedl, Schülerin (15 Jahre), Kaaden. Wilhelm Figert, Zimmermaler (22 Jahre), Kaaden. Oskar Meier, Lehrling (16 Jahre), Kaaden. Julie Schindler, Dienstmädchen (17 Jahre), Kaaden. Berta Meier, Näherin (40 Jahre), Kaaden. Aloisia Weber, Kanzleigehilfin (20 Jahre), Kaaden. Marie Stöckl, Arbeiterin (23 Jahre), Kaaden. Ferdinand Kumpe, Taglöhner (15 Jahre), Kaaden. Hugo Nittner, Elektriker (18 Jahre), Kaaden. Marie Loos, Ehefrau (54 Jahre), Kaaden. Kath. Tschammerhöhl, Arbeiterin (49 Jahre), Kaaden. Theodor Romig, Mittelschüler (17 Jahre), Kaaden. Paul Passl, Mittelschüler (18 Jahre), Kaaden. Johann Luft, Bahnarbeiter (28 Jahre), Mies. Rosa Heller, Private (24 Jahre), Mies. Alfred Hahn, Buchhalter (19 Jahre), Karlsbad. Ferdinand Schuhmann, Arbeiter (56 Jahre), Karlsbad. Josef Stöck, Arbeiter (44 Jahre), Karlsbad. Michael Fischer, Arbeiter (37 Jahre), Karlsbad. Wenzel Wagner, Maurer (30 Jahre), Karlsbad. Wilhelm Reingold, Kaufmann (52 Jahre), Karlsbad. Josefa Bolek, Arbeiterin (37 Jahre), Sternberg. Hermine Kirsch, Arbeiterin (37 Jahre), Sternberg. Amlia Neckel, Arbeiterin (38 Jahre), Sternberg. Otto Faulhammer, Schlosser (18 Jahre), Sternberg. Matthias Kaindl, Lehrling (16 Jahre), Sternberg. Alois Länger, Kutscher (42 Jahre), Sternberg. Rudolf Lehr, Dachdecker (16 Jahre), Sternberg. Franz Prosser, Drechslergehilfe (28 Jahre), Sternberg. Ferdinand Pudek, Arbeiter (56 Jahre), Sternberg. Eduard Sedlatschek, Bediensteter (46 Jahre), Sternberg. Josef Simak, Arbeiter (48 Jahre), Sternberg. Emil Schreiber, Schriftsetzer (18 Jahre), Sternberg. Richard Tschauner, Schneider (26 Jahre), Sternberg. Josef Laser, Pfründner **(80 Jahre),** Sternberg. Franz Meier, Bäcker (36 Jahre), Sternberg. Bruno Schindler, Arbeiter (68 Jahre), Sternberg.

Unter den 54 Gefallenen des 4. März waren 20 Frauen und Mädchen. Es war ein Achtzigjähriger darunter, aber auch 16 Personen im Alter unter 19 Jahren, zwei davon waren erst 14 Jahre, einer 13 und einer gar erst 11 Jahre.

In der Zeit von 1918 bis 1921 fielen noch 63 weitere Sudetendeutsche, die aus folgenden Orten der Heimat stammten: Wiesa-Oberleutensdorf, Gastdorf bei Leitmeritz, Brüx, Mährisch-Trübau. Kaplitz, Znaim, Preßburg, Freudenthal, Arnau, Oblas bei Znaim, Pilsen, Pohrlitz in Südmähren, Leitmeritz, Iglau, Zuckmantel, Asch, Aussig und Graslitz.

Das Grab der Opfer von Kaaden.

Die Republik braucht ein österreichisches Vertriebenenmuseum

Mit zunehmender Sorge müssen die österreichischen Vertreter der Vertriebenenverbände zur Kenntnis nehmen, daß immer öfter altösterreichisches Kulturgut für immer nach Deutschland verloren geht.

Viele ihrer hochbetagten Landsleute lassen nämlich ihre familiären Erinnerungsstücke einer musealen Obhut zukommen, wie es in Österreich noch nicht möglich ist. Damit entschwinden der Nachwelt Zeugnisse einer einstigen Hochkultur im Herzen Europas.

Dies betrifft neben bäuerlichem und handwerklichem Arbeitsgerät wertvolles Urkundenmaterial aus ehemaligen Kanzleien der altösterreichischen Kronländer, die das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen in den Dörfern dokumentieren. Ebenso Gegenstände bäuerlicher Wohn- und Lebenskultur, die die verschiedensten Einflüsse auf die deutschsprachigen Volksgruppen über einen jahrhundertealten Zeitrahmen veranschaulichen. Schließlich dann Exponate jener so tiefen volkskulturellen Verbundenheit, in der die Kirche als Zentrum bäuerlicher Religiosität den Rhythmus des Alltags sowie das Denken der Menschen regelte.

In Österreich gibt es leider noch kein öffentlich gefördertes Museum für die Kultur der altösterreichischen Heimatvertriebenen deutscher Muttersprache.

Die Vertreter der österreichischen Vertriebenenverbände sehen darin den Grund, warum sich ihre Landsleute an die Museen der Heimatvertriebenen in Ulm, Gundelsheim, München, Stuttgart, Sindelfingen u. a. wenden.

Der Verband der volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs glaubt nicht, daß sich das kulturpolitisch verantwortliche Österreich einen solchen Aderlaß leisten darf. Die Republik Österreich braucht ein solches Haus der Geschichte, will sie in Zukunft verhindern, daß das kulturelle Erbe der Altösterreicher deutscher Muttersprache auf immer an Deutschland verloren geht.

Es fällt in den geschichtlichen Verantwortungsbereich von Österreich, dafür Sorge zu tragen, daß die altösterreichische Geschichte dort dokumentiert und erhalten wird, wo sie stattgefunden hat. Die Zukunft eines vereinten Europas definiert die Einheit aus der Vielfalt seiner Mitglieder, wobei jedes einzelne immer schon auf seine Art ein Stück Europa war. Das altösterreichische Kulturgut ist und war ein Teil dieser Vielfalt.

Wie der Verband der volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs, „Haus der Heimat", Steingasse 25, 1030 Wien, in Erfahrung bringen konnte, steht das Nachbarobjekt, Steingasse Nr. 23, zum Verkauf frei. Die innere Architektur dieses Gebäudes wäre durchaus geeignet, den Anforderungen für ein österreichisches Vertriebenenmuseum zu genügen.

Der Vorstand des Verbandes der volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs tritt nun mit der Bitte an die Republik heran, zu überprüfen, ob seitens der öffentlichen Hand eine Möglichkeit besteht, mit konkreten Maßnahmen die weitere Abwanderung altösterreichischen Erbes durch die Errichtung eines für diese Zwecke geeigneten Objektes zu verhindern.

Hallenfußballturnier am 14. März in Himberg bei Wien

Am kommenden Sonntag, dem 14. März, findet in der Freizeithalle Himberg bei Wien ein Hallenfußballturnier statt! Beginn 14 Uhr, Ende 18 Uhr. (Eintreffen in Himberg bis 13.45 Uhr.)

Das Spielen ist nur mit Turnschuhen gestattet, Fußballschuhe jeglicher Art sind nicht gestattet. Natürlich sind auch Zuseher herzlich willkommen. Diese werden ebenfalls ersucht, Hausschuhe zum Betreten der Halle mitzunehmen. Für interessierte Mädchen und Frauen möchten wir in der großen Pause ein Volleyball-Spiel machen – wer möchte mitmachen? Übrigens: Duschen sind genügend vorhanden!

Wer mitmachen will, ist gerne gesehen – bitte unbedingt pünktlich in der Halle sein und sich bei Toni Dzikowski melden!

Zur Deckung der Hallenmiete wird ein geringer Beitrag eingehoben!

Vorschau auf die sudetendeutsche Bergwoche 1999

Schon jetzt wird an der Vorbereitung der so beliebten Bergwoche gearbeitet, gedacht wird an Kärnten! Der Zuspruch dazu war in den letzten Jahren sehr groß und es haben Bergfreunde jedweden Alters teilgenommen. Dies ist auch heuer so: Jedermann, gleich welchen Alters und Geschlechts, kann daran teilnehmen!

Tourenführer ist wieder unser Lm. Franz Schaden aus St. Pölten – damit ist wieder eine sehr schöne und interessante Bergwoche sichergestellt. Die Tour wird wieder in der ersten Augusthälfte (der genaue Termin wird noch erarbeitet und rechtzeitig bekanntgegeben) für eine Woche stattfinden. Diesmal haben wir Bergtouren und auch Wanderungen in Kärnten vorgesehen, an der genauen Route wird noch gearbeitet. Ganz besonders sind alle Landsleute, Freunde und „Bergfexen" aus Kärnten zum Mitmachen eingeladen – und sollten von dort besondere Wünsche und Anregungen kommen, würde sich Franz über rasche Vorschläge und Kontaktnahme sehr freuen!

Die Tour kann nur mit einer beschränkten Teilnehmerzahl durchgeführt werden. Aus diesem Grund und aufgrund der längeren Vorbereitungszeit werden alle Interessenten für diese Bergtour ersucht, sich so bald als möglich bei Franz Schaden, 3100 St. Pölten, Birkengasse 6 (Tel. 0 27 42 / 71 9 67, von zirka 17 bis 19 Uhr), zu melden.

Erforderlich für diese Bergwoche sind ein wenig Kondition und Bergerfahrung, Einfühlungsvermögen, Kameradschaft usw. – eben alles, was man für so ein Vorhaben benötigt!

Es gilt: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst! Berg Heil!

Ein unterhaltsamer Ball der Böhmerwäldler in Oberösterreich

Ein gelungener Abend war wiederum unsere traditionelle Faschingsveranstaltung am Samstag, dem 30. Jänner 1999, im „Langholzfelderhof" und für viele unserer Landsleute auch Anlaß zum gemütlichen Beisammensein. Obmann Konsulent Josef Wiltschko konnte viele, viele Landsleute und Ehrengäste willkommen heißen: LAbg. Vizebürgermeister Wolfgang Stanek in Vertretung unseres Landeshauptmannes, Gemeinderat Werner Neubauer für Landesrat Dr. Achatz, die Gemeinderäte Robert Hauer und Dieter Schwark mit Gattinnen, Dr. Chodura mit Gattin, Lm. J. Nohel von der Südmährer Landsmannschaft und Obmann Ransmeier vom KOV. Besonders freuten wir uns über das Ehepaar Hopfinger, das wiederum aus Schweden angereist kam. Dank an Lm. Otto Goldmann, der, wie gewohnt, Torten und Gugelhupf zur Versteigerung mitbrachte, mit dessen Erlös wieder unser Budget aufgebessert werden konnte. Alles in allem ein gelungener Abend, wo wir nur eines bedauern mußten, daß viele unserer Heimatfreunde Opfer der derzeit grassierenden Grippewelle wurden und uns natürlich fehlten.

Alle freuen sich schon wieder auf den Ball im kommenden Jahr, welcher neben den vielen Aktivitäten des Verbandes im Jahresablauf auch ein wichtiges Bindeglied unserer Gemeinschaft ist.

F. B.

In eigener Sache

Aus aktuellem Anlaß dürfen wir wieder einmal an unsere Informanten und Mitarbeiter die höfliche Bitte richten, bei Berichten für die „Sudetenpost" besonderes Augenmerk auf die Richtigkeit von Terminen, Örtlichkeiten und Namen zu legen und diese bitte auch leserlich zu schreiben.

Die Redaktion ist personell nicht in der Lage, alle angekündigten Termine nachzuprüfen bzw. Ereignisse zu recherchieren. Vielen Dank für Ihr Verständnis! Ihre „Sudetenpost"

K.-M.-Hofbauer-Gedenkgottesdienst am 14. März 1999

Zum Gedenken an unseren großen südmährischen Heiligen – dieser ist auch der Schutzpatron von Wien – findet am **Sonntag, dem 14. März 1999,** um 9.30 Uhr, in der Kirche Maria am Gestade, in Wien 1, Concordiaplatz, eine große Festmesse statt!

Alle Landsleute aus allen Teilen des Sudetenlandes sowie alle unsere Freunde sind recht herzlich eingeladen, diesen Gedenkgottesdienst zu besuchen.

Eckartschriften mit sudetendeutschem Thema

Die Österreichische Landsmannschaft, 1080 Wien, Fuhrmanngasse 18a, Telefon: 408 22 73, Fax: 402 28 82, hat noch folgende Ausgaben lagernd:

Nr. 99: Südmähren und Niederösterreich, von R. Amtmann – Nr. 133: Vertrieben, von A. Heidinger – und Nr. 141: Und zogen in die Ferne – von H. Löffler.

Die Büchlein sind unter öS 100.– pro Stück erhältlich, Mengenrabatt ist möglich.

G. Z.

SLÖ-Referent Horer nahm bei Münchner Bundesversammlung die „Brannenburger Thesen“ ins Visier:

Schwächung unserer Rechtsposition

Anläßlich der 4. Sitzung der XI. Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München ergriff auch der Heimatpolitische Referent der SLÖ, Reg.-Rat. Ludwig Horer, das Wort. Er setzte sich insbesondere mit den im vergangenen Herbst verabschiedeten „Brannenburger Thesen“ der sozialdemokratischen Seliger-Gemeinde auseinander. Lesen Sie im folgenden sein Referat:

Der Sprecher hat uns in seiner Neujahrsbotschaft lobend erwähnt. Herzlichen Dank! Ohne Überheblichkeit möchten wir anmerken, daß wir den EU-Vorsitz nach unseren Möglichkeiten genutzt haben, unsere offene Frage einzubringen. Ich kann die ausführliche Stellungnahme unseres Außenministers nicht bringen. Aber da gibt es im Gegensatz zu Deutschland kein „ohne Wenn und Aber“. Es gab sogar Parlamentsdebatten, in deren Verlauf wir von allen fünf im Parlament vertretenen Parteien – sogar von den Grünen – Verständnis und von den Regierungsparteien und der Freiheitlichen Partei Unterstützung bekommen haben.

Und jetzt, wo Deutschland den Vorsitz hat, dieser nach unserer Meinung bittere Rückschlag aus den eigenen Reihen.

Das Schlimmste was einer Volksgruppe widerfahren kann, droht: Uneinigkeit nach außen. Es gibt bereits eine Aussage einer Gruppe, die zwar von der Zukunft spricht, den Fortschritt beschwört, aber gleichzeitig Thesen vertritt, die fortschrittlich klingen, es aber nicht sind. Wer in den Bergen daheim ist, weiß, daß er ungesichert beim nächsten Fortschritt auch in den Abgrund stürzen kann. Auf uns übertragen: Absinken in die Geschichtslosigkeit, wenn wir uns von unserer ganzen Geschichte trennen.

Spätestens jetzt werden sich die hier Versammelten fragen, wovon und von wem spricht er?

Wir meinen die sogenannten Brannenburger Thesen und wir reden nur, weil wir im Punkt fünf dazu aufgefordert werden, sich – ich zitiere: an einer offenen Aussprache zu beteiligen. Also werden wir aus Österreich offen unsere Meinung sagen. Mag sein, daß der Zeitpunkt ein zufälliger ist, kann aber auch sein, daß er vom Ausgang der Wahlen im September des Vorjahres beeinflußt worden ist. Folgt man dem, dann wäre immerhin anzumerken, daß jeder Angehörige der Volksgruppe in der Regel mit einer politischen Partei sympathisiert oder gar dort Spitzenpositionen bekleidet.

Das darf aber nicht so weit gehen, wie es ein sozialistischer österreichischer Bundeskanzler so ausdrückte: „Ich bin nichts, die Partei ist alles!“ Wenn das so wäre, dann wären ja diese Thesen vorauseilender Gehorsam. Wir haben die Forderungen und Rechtspositionen des Erblandes Sudetenland, die Forderungen und Rechtspositionen des Landsmannes Dr. Fleissner, die Forderungen und Rechtspositionen des Landsmannes Longin – interessant, daß auch er fünf Punkte anführt wie die Brannenburger Thesen – und die Analyse von Dr. Buchmann sehr aufmerksam studiert.

Faßt man alle zusammen, oder besser vergleicht man sie untereinander, haben sie vieles gemeinsam, nämlich keine Preisgabe von Rechtspositionen. Dabei unterstellen wir Franz Longin, daß er unter Heimatrecht eine angestammte Heimat versteht und bei Gesprächen auch Verhandlungen meint. Bei meinen späteren Ausführungen wird klar werden, daß hier eine Klärung notwendig ist.

Jedenfalls bedeuten die Brannenburger Thesen nach unserer Meinung eine arge Schwächung unserer Rechtspositionen.

Vom letzten Punkt dieser Thesen nun zum ersten.

Wenn wir eingangs meinten, daß Geschichtslosigkeit droht, dann meinen wir die derzeitige Selbsteinschätzung der Seliger-Gemeinde. Sie sieht sich, ich zitiere: als Nachfolgeorganisation der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, die aus der altösterreichischen Arbeiterbewegung hervorgegangen ist.

Nach unserer bescheidenen Einstufung hat sie diesen Weg mit den Thesen verlassen. Damals gingen die Massen unter der Führung der Sozialdemokraten für Selbstbestimmungsrecht und gegen Einverleibung ihrer Heimat in diesen Staat auf die Straßen. Und daß sie mit ihren Thesen den Weg verlassen hat, möchten wir an Hand von Dokumenten beweisen.

Wenn das nicht mehr erwähnt wird, dann waren die Blutopfer – darunter Kinder – umsonst und das 4.-März-Gedenken verliert seinen Sinn, vor allem nach unserem Verständnis für die Seliger-Gemeinde.

Auch ein Harry Hochfelder und ein Willi Wanka sprachen bis zu ihrem Tode von der Wiedergewinnung der angestammten Heimat.

Soll dieses Wirken auch umsonst gewesen sein?

Zu Punkt zwei ist weniger zu sagen, es sind reine Absichtserklärungen und man müßte abwarten, was herauskommt. Geschichtlich ist dies in den dreißiger Jahren auch schon versucht worden, und was hat es gebracht?

Der Punkt drei hat es in sich, weil er eine Unterstellung darstellt, wenn es heißt, ich zitiere: „Wir sollten uns aufrichtig mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen.“

Lm. Schnürch hat schon dazu in den Medien Stellung genommen, indem er Ermacora zitierte, der ausführte: Die Sudetendeutsche Frage hat mit Lidice und anderen Totschlagkeulen nichts zu tun.

Trotzdem sei angemerkt, daß wir bei der Erläuterung unserer Rechtspositionen ja nicht unsere Auffassung einbringen, sondern z. B. nur Ermacora, de Zayas und Blumenwitz zitieren. Allerdings ziehen wir dann daraus die logischen Folgerungen. Wenn von einem international anerkannten Völkerrechtler trocken festgestellt wird, ich zitiere: „Es war ein unverjährbarer Völkermord“ – dann brauchen wir nicht „Schluß der Debatte“ fordern oder gar uns voll auf die Zukunft auszurichten und zu verlangen, sich nicht mit Rechtskram aus der Vergangenheit herrührend herumzuschlagen. Wir werden dabei sogar von Jiri Grusa und Petr Pithart unterstützt, die in ihrem Buch schreiben (Seite 7): „Die Deutschen wurden gegen ihren Willen in den neuen Staat der Tschechen und Slowaken hineingezwungen.“ (Seite 18): „Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ging es dem deutschen Arbeiter ganz einfach schlechter als den Tschechen.“ Auf Seite 25 stellt er die ewige Opferrolle in Frage, wenn er meint: „Wir haben schließlich selbst solange uns zugesagt, wir sind die Schwächeren, die zu kurz Gekommenen und die stets ihrer Rechte Beraubten, daß wir uns über die Schläge, die wir dabei absichtlich und bewußt an anderen ausgeteilt haben, gar nicht mehr im klaren sind.“ Und schließlich auf Seite 93: „Vom Gesichtspunkt der besagten Prager Geschichte der letzten Jahrzehnte kam es zu einer Ironie. Die Sudetendeutschen, die Prag jahrzehntelang beunruhigt haben, wurden als rassisch nicht rein genug befunden und bluteten an der Front, während rund 150.000 Deutsche aus dem Reich in Prag heimisch wurden.“

Damit aber der Punkt drei doch etwas Gutes hat, sei angemerkt, daß direkte Gespräche überfällig sind. Es freut uns, daß hier eine jahrelange Forderung unseres Sprechers übernommen worden ist. Uns haben in Wien österreichische Diplomaten sehr genau erklärt, was Gespräche sind und was Verhandlungen sind. Was aber beiden gemeinsam zu sein hat, ist, alle Rechtspositionen einzubringen.

Der vierte Punkt schließt nahtlos an diese Feststellung an. Denn dort bleibt nur noch „die Möglichkeit“ einer individuellen Rückkehr irgendwohin. Hier wird nicht unterschieden zwischen Rückkehrrecht im Sinne Blumenwitz und dem Niederlassungsrecht in der EU. Möglichkeit wird angedeutet. Also dazu brauchen wir die Thesen nicht. Übrigens hat nicht Frau Barbara Stamm hier an diesem Ort vor Jahren sinngemäß gemeint: „Die Sudetendeutschen wurden kollektiv vertrieben, daher muß es auch ein kollektives Rückkehrrecht geben.“

Ein ideologisch bedingter Sprengsatz liegt in der Formulierung, ich zitiere: „daß es keine weitgehende Restitution“ geben wird. Bitte, über einen Verzicht bestimmen immer noch nach allen derzeitigen Verfassungsbestimmungen in EU-Staaten die Eigentümer. Das beweisen uns der gerissene Adelige Schwarzenberg, darauf bestehen die Kirche und die jüdischen Mitbürger. Ich möchte einen davon zitieren, Albert Sternfeld, Jahrgang 1925, führte im ORF am 27. 4. 1995 aus: „Die Rückgabe des geraubten Vermögens ist keine Last, denn es gehört ja nicht dem derzeitigen Besitzer. Übrigens möchten wir Lm. Herbert Schmidl in seiner Pionierarbeit bestärken. Ein äußerst anerkannter österreichischer Universitätsprofessor gibt uns den Rat, daß wir uns für einen der beiden möglichen Wege entscheiden sollten.

Der eine ist der staatrechtliche. Dieser ist zu wählen, wenn berechtigte beweisbare Ansprüche geltend gemacht werden können. Ein solches Verfahren geht nach klaren Regeln vor sich und dazu braucht man weder Politiker noch die Wissenschaftler und schon gar nicht die Historiker.

Der zweite Weg ist der öffentliche Druck. Dr. Mock sagte immer, ohne Druck geht in der Politik und in der Diplomatie gar nichts.

Natürlich jammert der andere von Erpressung und Zwang.

Zum öffentlichen Druck gehört aber unbedingt die Solidarität.

Urteilen Sie doch selbst, welcher Weg uns nach dem, was bisher geschah, bleibt. Und noch etwas Fundamentales über das Eigentum. Der Zugang zum Land und Eigentum ist Zugang zur Macht. Eigentum ist nicht nur eine rechtliche und ökonomische, sondern auch eine soziale und politische Kategorie. Es bedeutet somit auch Macht über Menschen. Was glauben Sie, warum Beneš im Jahre 1945 enteignet hat?

Dazu paßt die Aussage des Tschechen Dr. Kraus, Forschungsinstitut für Agrarökonomie Prag, zur Vertreibung, ich zitiere: „Die Verschiebung im Bodenbesitz, die erst nach der politischen Machtübernahme durch die Kommunisten im Februar 1948 vollständig abgeschlossen war.“ Und dann ein weiterer kabarettreifer Satz: „Das traditionelle Verhältnis zur eigenen Scholle erneuert sich nur langsam und schwierig.“ An dieser Stelle, liebe Landsleute, darf je nach Veranlagung, gelacht, geweint oder geflucht werden.

Auch bei dem Ausdruck „Realitäten anerkennen“ ist man peinlich berührt, denn das kennen wir. 1989 war dann plötzlich alles anders und die, die das ständig uns eintrichtern wollten, sind keuchend dem fahrenden Zug nachgerannt, um doch noch aufspringen zu können.

Bitte, diese Thesen rasch vergessen!

Man ist direkt an Kaiser Franz Josef erinnert, als er den legendären Ausspruch tat: „Ja dürfen S' denn des?“ Nämlich sich um die Realitäten nicht scheren.

Wir bitten daher die Seliger-Gemeinde, mit uns diese Thesen rasch zu vergessen und sich wieder nach dem Dichterwort – ich glaube, es war Goethe – zu verhalten: „Immer strebe zum Ganzen. Doch kannst du ein Ganzes nicht werden, schließ an ein Ganzes dich an.“ Und betrachten Sie bitte den Ausflug mit dem gleichen Humor, den ein weiser Historiker in Wien auf eine Frage nach dem Sinn der Weltgeschichte zur Antwort gab: „Wissen Sie, wir Historiker versuchen nur der Sinnlosigkeit der Geschichte später – so nach fünfzig Jahren – wieder einen Sinn zu geben.“ Wie wohltuend, wenn mir dabei ein verbissener Historiker hier im Hause einfällt. Verlieren wir nicht unsere Selbstachtung und laßt uns mit den Worten des Herzogs in Stifters „Witiko“ schließen: „Wir kleinen Menschen können das Höchste nicht sehen; aber wir, die wir hier versammelt sind, glauben, daß wir auf dem Rechte stehen und wir müssen das Recht mit der Herzhaftigkeit und der Einsicht, die wir haben, zu Ende bringen.“

Die Brannenburger Thesen der Seliger-Gemeinde

1. Die Seliger-Gemeinde versteht sich als Nachfolgeorganisation der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, die aus der altösterreichischen Arbeiterbewegung hervorgegangen ist und bis zuletzt gegen das Dritte Reich und für den Erhalt der Tschechoslowakischen Republik gekämpft hat. Sie ist heute, nach der Erfahrung des Exils und des Wiederaufbaus, fest in der Bundesrepublik Deutschland etabliert, hat aber auch Gruppen in Kanada, Skandinavien, Großbritannien und Österreich. Sie unterstützt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und sucht die Zusammenarbeit mit anderen sudetendeutschen sowie mit tschechischen und österreichischen Einrichtungen.

2. Die Seliger-Gemeinde setzt sich ein für die Verständigung zwischen Sudetendeutschen und Tschechen, für eine verantwortungsbewußte sozialdemokratische Politik in der Mitte Europas und für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der demokratischen Strukturen der Europäischen Union. Insbesondere geht sie davon aus, daß das empfindliche Verhältnis zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nicht durch Schuldvorwürfe und Forderungen verbessert werden kann, sondern allein durch die Bereitschaft zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte und durch das Verständnis für die Empfindlichkeiten der anderen Seite.

3. Die Seliger-Gemeinde fordert daher die Vertreter sudetendeutscher Einrichtungen und Zeitschriften auf, sich aufrichtig mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, insbesondere mit der NS-Herrschaft im Sudetengau und im Protektorat. An die tschechischen Parteien und Medien richtet die Seliger-Gemeinde den Appell, sich ebenfalls aufrichtig mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, insbesondere mit der Vertreibung und allen Maßnahmen und Verordnungen, denen chauvinistische Standpunkte zugrunde lagen. Beide Seiten fordert sie dazu auf, nicht nur der eigenen, sondern auch der Opfer der anderen Seite zu gedenken. In diesem Sinne plädiert sie für den Ausbau direkter Gespräche zwischen Vertretern der tschechischen Parteien und der sudetendeutschen politischen Gruppierungen.

4. Das Zusammenleben von Tschechen, Deutschen und Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien ist durch die NS-Okkupation und den Krieg ebenso stark zerstört worden wie durch die Vertreibung. Die Seliger-Gemeinde geht daher davon aus, daß sich die vergangene Lebenswelt weder durch rechtliche Vereinbarungen, noch durch brüderliche Umarmungen wiederherstellen läßt. Sie weiß, daß diese Einsicht für viele ausgesprochen bitter ist. Hier können nur Ehrlichkeit und Realismus weiterhelfen. Die Seliger-Gemeinde ist der Meinung, daß es keine kollektive Rückkehr der sudetendeutschen Volksgruppe geben wird, sondern nur eine individuelle Rückkehrmöglichkeit. Sie setzt sich daher für die nachdrückliche Unterstützung der deutschen Minderheit, für den baldigen Eintritt der Tschechischen Republik in die Europäische Union und für die Verabschiedung eines europäischen Volksgruppenrechtes ein. Die Seliger-Gemeinde ist weiterhin der Auffassung, daß es keine weitgehende Restitution des im Jahre 1945 enteigneten Vermögens geben wird. Sie setzt sich statt dessen dafür ein, daß Tschechen und Sudetendeutsche über Modelle einer symbolischen Lösung reden, die von beiden Seiten akzeptiert werden können.

5. Die Seliger-Gemeinde hält es für unerläßlich, die seit 1990 anstehende Neuformulierung der Ziele in diesem Sinne vorzunehmen und fordert alle sudetendeutschen Gruppierungen auf, sich an einer offenen Aussprache zu beteiligen. Wir brauchen eine attraktive Vision, welche Tschechen und Sudetendeutsche anspricht und von den Nachbarländern als sinnvoller Baustein der europäischen Integration begrüßt wird. Diese Vision muß sich von allen Versuchen lösen, die Zukunft als Restitution der vergangenen Lebenswelt anzustreben. Sie muß vielmehr davon ausgehen, die wertvollen Bestandteile der eigenen Tradition zu erhalten und sie als Bausteine in das Gefüge eines neuen Zusammenlebens innerhalb der Europäischen Union einzubringen. Die Seliger-Gemeinde setzt sich dafür ein, auf diese Weise eine neue Nachbarschaft zu prägen, in der Sudetendeutsche und Tschechen nicht mehr alte Ängste und Aggressionen erleben, sondern in gegenseitiger Achtung ihre Traditionen pflegen und gemeinsam ein Fundament der europäischen Verständigung bilden.

Die Seliger-Gemeinde verabschiedete die Brannenburger Thesen am 31. Oktober auf ihrer Bundesversammlung als neues Grundsatzdokument für Gegenwart und Zukunft der deutsch-tschechischen Beziehungen.

Schneereiche Schimeisterschaften in Lackenhof am Ötscher

Wieder war es soweit: Am Wochenende 20./21. Februar fand die SDJÖ/SLÖ-Bundesschimeisterschaft in Lackenhof am Ötscher statt. Im Gegensatz zum Vorjahr konnten wir uns heuer über Schneemangel allerdings nicht beklagen, schon eher über den Dauerregen, der die Teilnehmer von der Anreise am Samstag bis zur Abreise am Sonntag nachmittag nach Hause begleitete und auf der Straße nach Lackenhof für einige Dachlawinen sorgte. Trotzdem waren viele Kameraden gekommen, etliche bereits am Samstag. Einige Unermüdliche nützten diesen Tag zum Training und trafen danach, vom Regen durchnäßt, um 16.15 Uhr bei unserem Treffpunkt im Gasthof „Mandl" ein. Nach einer Stärkung fuhren wir in unser Quartier, Gasthof „Pöllinger" in Langau, wo wir uns nach dem Beziehen der Zimmer recht hungrig endlich zu einem guten Abendessen zusammensetzten. Um 20 Uhr fand die offizielle Begrüßung statt und danach wurden die Startnummern für den Riesentorlauf ausgehändigt und die ausgelosten Paare für den Er-und-Sie-Lauf bekanntgegeben, was, wie stets, für viel Heiterkeit sorgte. Den restlichen Abend verbrachten etliche Kameraden beim Billard-Spielen, andere in der Sauna und mehrere frönten dem Singen, da auch unsere sangesfreudigen deutschen Kameraden vom Vorjahr wieder mit Gitarre gekommen waren. Nach Mitternacht fielen auch die Letzten von uns müde in die Betten.

Am Sonntag morgen trafen die restlichen Kameraden ein, die sich vom Regen nicht haben abhalten lassen, und pünktlich um 9.30 Uhr konnte der Riesentorlauf gestartet werden. Es gab zwar ein paar Stürze, aber keine Ausfälle, alle kamen durch. Gleich anschließend fand der Er-und-Sie-Lauf statt, bei dem die einzelnen Paare an mehreren Stationen Aufgaben zu erfüllen hatten: das unvermeidliche Busserl, das ebenso unvermeidliche wie erwartete „Gläschen" und zuletzt mußte ein „Zweizeiler" zu Papier gebracht werden, was sich aufgrund des Regens etwas schwierig gestaltete. Anschließend trafen einander alle im Gasthof Mandl, wo nach einem kurzen Gedenken an unsere ehemaligen Kameraden Ilse Moschner und Udo Schwender die Siegerehrung stattfand. Hier die Plazierungen:

Kinder: 1. Bernhard Kutschera (1:56.16).

D-Schüler I: 1. Denise Hofstätter (1:05.00), 2. Corinna Hofstätter (1:19.83), 3. Ina Dzikowski (1:58.66).

D-Allg. Kl.: 1. und SDJ-Meisterin Heike Kutschera (1:01.44), 2. Andrea Grohmann (1:01.59), 3. Elisabeth Neubacher (1:06.79).

D-Ak. I: 1. Gabriele Hofstätter (59.15), 2. Gertrude Jäger (1:13.84), 3. Heike Dzikowski (1:21.38).

D-AK. II: 1. Christa Spinka (1:03.96), 2. Hertha Kutschera (2:13.68).

H-Jugend: 1. Helmut Grohmann (52.76), 2. Wolfgang Richter (56.33), 3. Christof Schwarz (57:16);

H-Allg. Kl.: 1. und SDJ-Meister: Erik Spinka (55:05), 2. Kai Fritsche (1:02.92).

H-AK. I: 1. Thomas Hofstätter (1:03.00), 2. Hermann Jäger (1:03.89), 3. Alexander Ehm (1:11.37).

H-AK. II: 1. Rainer Ruprecht (1:02.79), 2. Franz Schaden (1:07.41), 3. Ing. Herbert Grohmann (1:10.07);

H-Senioren: 1. Hermann Sinnl (1:06.79), 2. Dieter Kutschera (1:18.32).

Er-und-Sie-Lauf: 1. Heike Kutschera – Alexander Ehm (1:03.97), 2. Gabriela Hofstätter – Wolfgang Richter (1:08.87), 3. Elisabeth Neubacher – Erik Spinka (1:22.55), 7. und Gewinner der Knackwurst: Andrea Grohmann – Kai Fischer (1:56.56).

Mit dem Lied „Heimat, dir ferne" beendeten wir unser Schimeisterschafts-Wochenende und nach dem wohlverdienten Mittagessen machten sich alle auf die verregnete Heimreise.

Für die Unterstützung dürfen wir uns bei Frau Mandl, Herrn Pöllinger und beim Schiklub Lakkenhof bedanken, wie auch bei der „Confiserie Eibensteiner" und all jenen, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben.

Sommerlager 1999 in Melk an der Donau in Niederösterreich

Für Kinder und junge Leute im Alter von zirka 7 bis 15 Jahre aus ganz Österreich findet vom 17. Juli bis 24. Juli in Melk an der Donau in Niederösterreich das diesjährige Sommerlager statt. Dort stehen uns schöne Möglichkeiten zur Verfügung und es wird wieder ein tolles Programm geben!

Neben österreichischen Teilnehmern kommen auch sudetendeutsche Kinder aus Böhmen, Mähren, Österreich-Schlesien, karpatendeutsche Kinder aus der Zips sowie Siebenbürger aus Kronstadt in Rumänien – wir werden wieder ein internationales Lager haben!

Das wäre doch bestimmt auch etwas für Dich bzw. für Ihre Kinder, werte Landsleute!

Jeder kann mitmachen, soweit der Platz reicht –, egal ob sudetendeutscher Abstammung oder nicht, eine Mitgliedschaft bei der SDJÖ ist nicht unbedingt erforderlich. Auch die Freunde der Kinder können mitmachen. Die Unterbringung erfolgt in der neu renovierten Jugendherberge, wo die Teilnehmer in 4-Bett-Zimmern untergebracht sind. Die Verpflegung ist erstklassig.

Lagerbeitrag nur S 1850.–, die Fahrtkosten werden ersetzt!

Anmeldungen/Anfragen: Bitte dringend an die sudetendeutsche Jugend, Steingasse 25, 1030 Wien, richten (mit Angabe der Geburtsdaten und eventueller telefonischer Erreichbarkeit).

Das erste Flugblatt wurde bereits an alle sudetendeutschen Gliederungen in ganz Österreich versandt. Sollten Sie noch nicht im Besitz des Flugblattes sein, bitte dieses bei uns anfordern! Gleichzeitig ersuchen wir alle Gliederungen um Mithilfe bei der Werbung bezüglich der Teilnehmer. Vielen herzlichen Dank für die werte Mühewaltung!

Also – wir erwarten auch die Anmeldung Ihres Kindes, werte Landsleute!

Wappen-Postkarten der SL St. Pölten

Liebe Landsleute und Heimatgruppen!

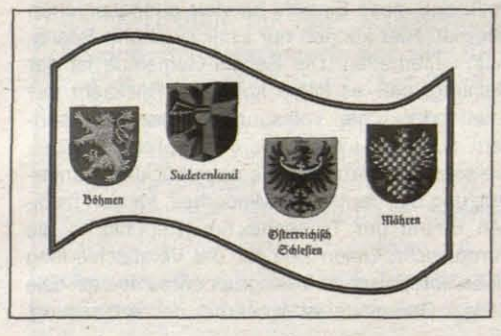
Öffentlichkeitsarbeit ist 1998 und in Zukunft, 80 Jahre nach dem Unrecht 1918/19, verstärkt angesagt. Der SLÖ St. Pölten bot sich die Gelegenheit, über eine Druckerei „Wappen-Karten" zu einem günstigen Preis, pro Stück S 1.42, zuzüglich Spesen, aufzulegen. Diese Farbkarten – laut Bild – können als Kurzmitteilung an jedermann, als Grußkarten für Landsleute zu Geburts- und Namenstagen, oder auch gerahmt als Wandbild, verwendet werden.

Derzeit ist noch ein Restposten der „Wappen-Karten" vorhanden. Preis bei Abnahme von 100 Stück **S 1.50**, im Einzelverkauf **S 2.–** pro Stück.

Bei einer neuerlichen Auflage wird leider der Preis etwas erhöht werden müssen.

Bestellungen bitte schriftlich an die SLÖ St. Pölten, z. H. Obmann Franz J. Schaden, 3100 St. Pölten, Birkengasse 6, Telefon 0 27 42 / 71 9 67. – Die Karten sind auch bei den regelmäßigen Heimatnachmittagen in Sankt Pölten, an jedem dritten Freitag, ab 14 Uhr, in den Stadtsälen erhältlich.

Mit heimatlichem Gruß: Die SLÖ St. Pölten



Ida Rotter 1906 bis 1999

Die Heimatgruppe „Nordmähren" hat durch den Tod ihrer Ehrenvorsitzenden Ida Rotter einen schweren Verlust erlitten. Nach langer, schwerer Krankheit verstarb sie am 13. Februar d. J. im 93. Lebensjahr.

Frau Rotter war 1948 Gründungsmitglied der Heimatgruppe Mährisch Schönberg in Wien und nach dem Zusammenschluß mit der Gruppe der Städte Sternberg und Mährisch Neustadt deren Obmann-Stellvertreterin. Mit einstimmigem Beschluß der Heimatgruppe „Nordmähren" wurde sie am 23. März 1992 zur Ehrenvorsitzenden ernannt. In Anerkennung ihrer verdienstvollen Mitarbeit für ihre Heimat war ihr bereits früher die Goldene Ehrenbrosche der Sudetendeutschen Landsmannschaft verliehen worden. In Deutschland ehrte sie der Heimatkreis „Mährisch Schönberg" e. V. Bad Hersfeld im Jahre 1993 mit der höchsten Auszeichnung, die er zu vergeben hatte, nämlich mit der Verleihung der Ehrenplakette. In der begleitenden Urkunde wurden ihre Verdienste zum Wohle der Landsmannschaft gewürdigt.

Das Begräbnis fand am 1. März am Friedhof Baumgarten, im 14. Wiener Gemeindebezirk, statt. Unter der Trauergemeinde befand sich auch eine Delegation der Heimatgruppe „Nordmähren", die der Verstorbenen stets ein ehrenden Andenken bewahren wird. E. P.

Bowling-Turnier in Wien am 11. April

Zum 7. Toni-Schicho-Gedächtnis-Bowling-Turnier am Sonntag, dem 11. April, beim Engelmann in Wien 17, Jörgerstraße 14 (Eingang Syringgasse), werden alle Bowling- und Kegelfreunde jedweden Alters und Geschlechts recht herzlich eingeladen!

Wir würden uns auch über Ihre Teilnahme sehr freuen und dürfen Sie dort erwarten! Beginn ist um 14 Uhr – der Treffpunkt dortselbst ist um 13.45 Uhr, damit wir pünktlich beginnen können.

Bitte in lockerer Kleidung kommen und keine Sportschuhe mitnehmen. Entsprechende Schuhe müssen dort entliehen werden. Ein kleines Nenngeld zur Abdeckung der Kosten wird eingehoben.

Aus organisatorischen Gründen wird um Voranmeldung beim Obmann des Arbeitskreises Südmähren, Lm. Josef Mord, 2136 Laa/Thaya, Hauptstraße 51 (Postkarte mit Altersangabe reicht), oder unter der Telefon- bzw. Fax-Nummer 0 25 22 / 76 38, gebeten!

Schon jetzt freuen wir uns auf eine zahlreiche Beteiligung aller Freunde und Landsleute!

Franz Brand †

Im gesegneten Alter von fast 99 Jahren verstarb am 15. Februar 1999 unser Landsmann Franz Brand. Er entstammte einer kinderreichen Kaufmannsfamilie aus Olmütz in Nordmähren und war Inhaber einer Lebensmittel- und Mineralwassergroßhandlung. Der Krieg zerstörte alle seine Pläne. Nach Fronteinsatz und Entlassung aus englischer Kriegsgefangenschaft (Sommer 1946) fand er Zuflucht in Obernberg am Inn, der Heimat seiner Frau. Allen Besitzes in Olmütz beraubt, folgten bittere Jahre. Durch viel Arbeit und äußerste Sparsamkeit ist es ihm aber gelungen, in Traun für sich und seine Familie ein schönes Zuhause zu schaffen. Die Narben der Vertreibung aus seiner geliebten Heimat Olmütz aber blieben. – Aus seinem Totenbild: „Und meine Seele spannt weit ihre Flügel aus, flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus." (Josef Freiherr von Eichendorff) – Wir gedenken unseres verstorbenen Landsmannes in Dankbarkeit.

Landesgruppe Oberösterreich

Dr. Ilse Tielsch 70

Wir sind stolz auf unsere „Südmährische Dichterin". Dabei übersehen wir oft, daß ihr Werk weltweite Bedeutung hat. Davon zeugen die vielen Preise und Auszeichnungen bis hin zum Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst. Ihr Schaffen umfaßt bis jetzt 17 Bücher, davon 5 Lyrikbände. Verschiedene Bücher und Arbeiten wurden in 15 Ländern übersetzt. So zum Beispiel: „Ein Elefant in unserer Straße": Ungarisch. „Die Ahnenpyramide": Russisch, amerikanische Fassung erscheint 1999. „Regenzeit" und „Nicht beweisbar": Türkisch (Universität Erzerum). „Erinnerung mit Bäumen": Amerikanisch (Universität Riverside), Polnisch. „Fremder Strand": Russisch, erscheint in Petersburg 1999. Die Erzählungen „Rückkehr zu Katrin", „Begegnung in einer steirischen Jausenstation" und „Ein Fenster im dritten Stock" erscheinen, zusammen mit einer Auswahl von Gedichten, 1999 in Bulgarien. „Kurze Texte und Gedichte" (in Literaturzeitschriften und Anthologien): übersetzt und publiziert in folgenden Sprachen: Ungarisch, Indisch (Hindi), Belgisch, Holländisch, Russisch, Tschechisch, Englisch (erschienen in USA, Indien und Kanada), Italienisch, Jugoslawisch, Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch, Polnisch, Schwedisch, Arabisch; außerdem erschienen Texte in der ehemaligen DDR (Berlin) und in der Schweiz. Hörspiele, sowie literarische und literaturkritische Sendungen wurden von ORF, Rias Berlin, DRS-Schweiz, RAI-Bozen, WDR, NDR, Radio Belgrad und anderen europäischen Rundfunkstationen gesendet. Ihr Fernsehfilm „Treffpunkt Grenze" wurde vom ORF und 3-SAT gespielt. Ein zentrales Werk von Ilse Tielsch ist die Romantrilogie: „Die Ahnenpyramide", „Heimatsuchen" und „Die Früchte der Tränen". Die Themen behandeln den Heimatverlust und die Geschichte der Deutschen Mährens am Beispiel einer Familie. Ilse Tielsch war auch die erste Autorin, die es gewagt hat, Romane zum Schicksal der Sudetendeutschen zu publizieren, und an einigen der großen Reportagen zu diesem Thema kann man ablesen, daß sie diese direkt und indirekt angeregt hat.

Die Erinnerung an ihre Jugend in Auspitz, an die Vertreibung 1945, an das Fußfassen in der „neuen Heimat", läßt sie sowie uns nicht los. Und daraus entstand eine innige Verbundenheit unserer Landsleute zu ihrem literarischen Wirken und ihrer Arbeit. Die magischen 70 sollen für ihre zukünftige Schaffensperiode keine Bedeutung haben. Hans Landsgesell

Vertreibung und Völkerrecht

Das NÖ-Bildungs- und Heimatwerk veranstaltet eine Tagung unter dem Titel: „Ethnische Säuberungen als nationalstaatliche Mittel der Minderheitenpolitik und ihre völkerrechtliche Beurteilung in der europäischen Staatengemeinschaft". Am Beispiel der Vertreibung der Südmährer und Sudetendeutschen 1945/46.

Ort: Böheimkirchen, Gasthof Fink (beim Bahnhof). **Termin:** 10. April 1999, 9.30 bis 16 Uhr. 10 Uhr: Impulsreferat Ing. Reiner Elsinger, Dachverband der Südmährer. 12 Uhr: Mittagspause. 14 Uhr: Diskussion mit Zeitzeugen.

Themen: Übersicht über ethnische Säuberungen im 19. und 20. Jahrhundert (Kaukasus, Türkei, Balkan). Vertreibung aus Böhmen und Mähren – Ursache Nationalstaat gegen Selbstbestimmungsrecht. Vermischung von ethnischen und territorialen Ansprüchen der historischen Grenzen. Minderheitenpolitik der CSR 1918 bis 1938 – Abtretung deutscher Gebiete 1938 (München). Protektorat 1939 und die Vertreibungspläne der tschechischen Exilregierung 1940 bis 1943. Vertreibung 1945 und „Abschub 1946" aus der CSR und aus Österreich. Integration der Vertriebenen. Europäische Menschenrechtskonvention und Völkerrecht. Europäische Volksgruppen und Volksgruppen-Föderation (FEUV) – Europa der Regionen. Europäische Charta der Völker und Regionen: Charta gentium et regionum.

Die Veranstaltung findet unter Mitwirkung der Bezirksgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft St. Pölten statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

DIE „BEFREIUNG" VON DER BEFREIUNG

DIE ERINNERUNGEN DES GABLONZERS HERMANN LANGE – TEIL 3

Die Vertreibung aus der Heimatstadt

Es keimte wieder Hoffnung auf, daß es nunmehr mit der Personalienüberprüfung ernst würde und man vielleicht nur ein paar bestimmte Leute, die etwas auf dem Kerbholz hatten, suchte. Andererseits, so die weiteren Überlegungen, hätte man schon am Vortag auf der Bastei eine Möglichkeit finden können zu einer entsprechenden Sondierung.

Unsere Hoffnung auf ein Ende der Schikane zerschlug sich aber in Gablonz, als es zwar durch Gablonz die Mozartgasse wieder hinauf, aber nicht auf die Bastei ging.

Vielmehr wurden wir an der Rückseite des neuen Rathauses, vorbei die Schulgasse, hinuntergetrieben. Das löste bei fast allen der tausenden Männer so lautstarke Proteste aus, daß unsere Bewacher unter lautem Geschrei drohten, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Am Rande einer Eskalation

Es gab einen regelrechten Aufruhr unter den gefangenen Männern; die Wut erreichte ein beängstigendes Ausmaß, weil den meisten Gefangenen klar wurde, daß die Tschechen mit uns nichts Gutes vorhatten. Man mag sich nicht vorstellen, wenn es zu beiderseitigen Gewaltanwendungen gekommen wäre, was diese Tschechen mit uns gemacht hätten; wieviele Tote und Verwundete die Folge gewesen wären und – aus heutiger Sicht – welche dramatischen Folgen aus einer solchen Eskalation für die gesamte deutsche Bevölkerung bereits zu diesem Zeitpunkt hätten entstehen können.

Deshalb erscheint es mir als ein unermeßliches Verdienst dieser tausenden Gablonzer Landsleute, daß sie sich, wehrlos wie sie waren, letztlich doch ihrem Schicksal ergaben und wie verlangt den Marsch fortsetzten.

Zuschauer gab es auf diesem Rückmarsch nach Gablonz und durch die Stadt im Gegensatz zum Vortag kaum. Wahrscheinlich hatten die Leute inzwischen auch Angst vor der uns treibenden tschechischen Soldateska und schließlich hatte auch niemand von den Bewohnern vermutet, daß man uns zurück nach Gablonz scheuchen würde.

Es ging also weiter durch die Schulgasse, an den stattlichen Schulgebäuden, dem imposanten Gebäude der Hauptpost und an unserem herrlichen Stadttheater vorbei, in die Reichenberger Straße nach Brandl und von dort weiter in Richtung Reichenberg.

Den gleichen Weg, den ich erst vor wenigen Tagen als freier, vom Krieg gesund entronnener Mann hoffnungsvoll und glücklich nach Gablonz gegangen war, mußte ich nunmehr als von Tschechen Gefangengehaltener und Gejagter, zusammen mit unzähligen Leidensgefährten, in umgekehrter Richtung in eine vollkommen ungewisse Zukunft gehen.

Keiner ahnte das Unheil

Keiner von uns ist trotz allem auch nur auf den Gedanken gekommen, daß dies für die meisten der endgültige Abschied von unserer Heimatstadt Gablonz an der Neiße, von unserer geliebten Heimatlandschaft sein sollte und welches unermeßliches Unheil die Tschechen über unsere Familien, unsere gesamte sudetendeutsche Volksgruppe und all unsere Heimatgebiete bringen würden.

An lieber Heimatlandschaft vorbei durch die malerischen Orte trieben uns die Tschechen, unter immer häufigeren und massiveren Pöbeleien, weiter nach Reichenberg. Ganz offensichtlich hatten unsere aufruhrartigen Proteste in Gablonz die tschechische Soldateska erheblich erschreckt und sie wollte mit ihrem noch schärferen Vorgehen gegen uns ihre „Stärke" und unsere Machtlosigkeit beweisen.

Auch in Reichenberg – es war inzwischen Nachmittag geworden – gab es keine Rast und auch keine Verpflegung. Sehr hungrig und durstig ging es weiter in Richtung Friedland. Die fehlende Nahrung und die Wärme des Tages machten das Marschieren immer beschwerlicher, so daß unser Schritt trotz der ständigen Antreiberei immer langsamer wurde.

Kurz vor Eintritt der Dunkelheit wurden wir, es muß in der Umgebung von Einsiedel gewesen sein, wie am Vortag auf eine Wiese neben der Straße getrieben, die unser Nachtlager werden sollte – weiter unter strenger Bewachung. Selbst das Verrichten der Notdurft, soweit dazu noch etwas da war, wurde strengstens überwacht. Die großen Strapazen und die demütigende Behandlung durch unsere Bewacher ließen es schon als eine Wohltat erscheinen, daß wir unsere Füße und Beine „entlasten" durften.

Einer riskierte den Fluchtversuch

Besonders große Aufregung gab es, als einer der Gefangenen – der Vater eines meiner Freunde – in der Dämmerung ausriß. Er verschwand urplötzlich während des Austretens unter Ausnutzung einer momentanen Unaufmerksamkeit eines Bewachers im dem Lagerplatz angrenzenden Gebüsch. Da wir – mein Vater und ich – in der Nähe lagerten, entging uns das nicht. Andere Bewacher hatten dieses Verschwinden aber gesehen und rannten unserem Landsmann wild schießend hinterher. Sie kamen nach einer Weile, aber ohne dem „Flüchtling" wieder zurück. Dabei war für uns nicht klar, ob dieser Mann nicht irgendwo verletzt oder gar tot im Gelände lag.

Mit dem Gedanken der Flucht hatten sich viele von uns im Laufe der letzten beiden Tage ernsthaft beschäftigt und es wurde darüber unter uns auch offen gesprochen. Auch ein Massenausbruch war im Gespräch.

Letztlich wollte aber niemand – außer diesem einen Landsmann – das unkalkulierbare große Risiko eingehen, nach Kriegsende und heil überstandenem Krieg das Leben aufs Spiel zu setzen und gegebenenfalls auch unsere Familien in große Schwierigkeiten zu bringen.

Zu welcher Rücksichts- und Skrupellosigkeit die tschechischen Bewacher fähig waren, hatte die Dramatik des von uns erlebten Einzelfalles gezeigt.

Die große Erschöpfung ließ die meisten von uns eng zusammengedrängt und sich so gegenseitig wärmend zeitweise etwas schlafen, wobei der knurrende Magen, der trockene Mund, die Feuchte unter unseren Körpern und die Kühle der Nacht das Schlafen fast unmöglich machten. Auch die Sorge um die Zukunft und das Geschrei unserer Bewacher ließen uns immer wieder aufschrecken.

Nur das Wetter meinte es gut mit uns

Wie gerädert, in durchfeuchteter Kleidung, hungrig, durstig und in Angst vor der nächsten Zeit, erlebten wir den Morgen des 17. Mai 1945. Nur das Wetter und die wieder wärmende Sonne meinten es gut mit uns. Letzte bis dahin aufgesparte Zigaretten, die einzige „Verpflegung", machten die Runde – andere „Rücklagen" hatte niemand mehr.

Ungerührt und wieder laut schreiend forderten uns unsere Peiniger erneut zum Antreten auf und die Schikanen gingen weiter – ohne für uns erkennbarem Ziel.

Immer mehr Männer waren inzwischen so geschwächt, daß es ihnen immer schwerer fiel, den Weg zu machen. Dadurch kam die Kolonne auch immer langsamer voran. Dagegen half auch das Antreiben durch die Bewacher nicht mehr.

Im Laufe des Tages „landeten" wir regelrecht ausgemergelt und total erschöpft in Friedland.

Dort wurde die große „Masse" Menschen auf einem großen umzäunten Gelände mit großen Gebäuden – es sollen, soweit ich mich noch erinnern kann, Schulgebäude gewesen sein – eingesperrt.

Ein sehr großer Teil der Männer, so auch mein Vater und ich, mußten auf dem mit einem Eisenzaun umgebenen und zu den Gebäuden gehörenden Freigelände kampieren, was die Lage dieser Leute insofern nicht verbesserte, weil es tagsüber zwar warm, aber nachts nach wie vor empfindlich kühl war und wir bis dahin nach wie vor für diese Situation unzureichende Kleidung hatten. Meine besondere Sorge galt immer wieder meinem Vater; eine erneute Erkältung hätte in seinem gesundheitlichen Zustand den Tod bedeuten können.

Erstmals gab es Wasser und Brot

Das einzige Positive war, daß es dort erstmals etwas zum Essen gab – meines Wissens trockenes Brot ohne jede „Zutat" und Wasser aus der Leitung.

Die sanitären Gegebenheiten waren, durch die vielen Menschen bedingt, katastrophal – menschenunwürdig. Das alles störte aber unsere „Obrigkeit" überhaupt nicht.

Es war dort kein Leben. sondern nur ein Dahinvegetieren. Ohne jede Information über unsere Zukunft steigerte sich unser Dasein zu einer fast unerträglichen Farce.

Unsere Bewacher feixten, machten Witze über uns, weil sie genau wußten, wie es um uns bestellt war, was uns erwartete und wie uns zumute sein mußte.

In der nächsten Folge lesen Sie: „Ausgestoßen aus dem Heimatland."

Das Herz unserer steirischen Landsmannschaft
hat am 29. Jänner 1999 für immer aufgehört zu schlagen.

Frau Gusti Tschetschounik

Landesgeschäfsführerin

geb. am 31. Jänner 1921 in Ketzelsdorf / Schönhengstgau / Sudetenland

Jeder, der sie gekannt hat, war fasziniert von ihrem Arbeitswillen, ihrer Umsicht und ihrem Organisationstalent, gepaart mit Liebenswürdigkeit und Herzlichkeit. Für sie war ihr Sudetenland gelebte Heimat. Für uns war sie ein Stück davon.

Für alle MitarbeiterINNEN der Sudetendeutschen Landsmannschaft:

OStR. Dr. Helge Schwab
Stadtgruppenobmann von Graz

Univ.-Prof. Dr. Ing. Adalbert Koberg
Landesobmann

Trachtenfestzug in Krems am Sonntag, dem 5. September

So schnell vergehen zwei Jahre, liebe Landsleute!

Im Rahmen der Internationalen Volkskunstfestspiele in Krems an der Donau findet am Sonntag, dem 5. September, wieder ein großer Trachtenfestzug durch die Altstadt von Krems statt. An diesem Trachtenfestzug werden über 100 Gruppen und Musikkapellen, darunter aus allen fünf Kontinenten, teilnehmen. –

An Zuschauern werden wie immer an die 80.000 bis 100.000 erwartet. Auch wir von der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Sudetendeutschen Jugend in Österreich werden mit einer großen Trachtengruppe daran teilnehmen. Wir rufen daher alle sudetendeutschen Trachtenträger aus **ganz** Österreich, insbesondere aber aus Wien, Nieder- und Oberösterreich sowie aus der Steiermark recht herzlich auf, sich daran recht zahlreich zu beteiligen – wir wollen mit einer starken Gruppe in Krems vertreten sein!

Ab Wien wird von seiten der SLÖ/SDJÖ ein eigener Bus zum Nulltarif nach Krems geführt (die genauen Abfahrtszeiten usw. werden rechtzeitig bekanntgegeben). Interessierte, die mit dem Bus mitfahren wollen, mögen sich bei der SLÖ, Steingasse 25, 1030 Wien, unter dem Kennwort: „Busfahrt Krems (Frau Svoboda)" anmelden, unter Angabe der Anschrift und einer telefonischen Erreichbarkeit (eine Postkarte genügt).

Alle übrigen Trachtenträger, die gerne in Krems mitmachen möchten, mögen sich ebenfalls schon jetzt melden, damit wir wissen, wie stark unsere Gruppe sein wird. Wir werden dort wieder unsere Wappentücher mittragen.

Beginn des Festzuges ist um 14 Uhr, Treffpunkt ab 13.15 Uhr, im Hof der ehemaligen Kaserne in der Kasernstraße in Krems, nächst dem Steinertor.

Machen auch Sie, mach auch Du bei dieser großen Veranstaltung mit!

WIEN

Humanitärer Verein von Österreichern aus Schlesien

Zu unserer verspäteten Faschingsfeier im Februar begrüßte Obmann Philipp zahlreiche Landsleute. Bunte Papierschlangen und etliche lustige Verkleidungen belebten das Bild. Auf den Tischen warteten vom Verein spendierte Krapfen. Gedichte, Geschichten, heitere Mundart und ein fröhliches Lied wechselten einander ab in bunter Folge. Auch unser Geburtstagslied sangen wir gemeinsam, diesmal besonders für Frau Treimer und Frau Nusterer. Nicht vergessen: Unsere 100-Jahr-Feier im April! H. B.

Mähr. Ostrau-Oderberg, Friedek und Umgebung

Da unser Vereinslokal wegen Umbaus im Februar geschlossen hatte, trafen wir einander zu einer zwanglosen Aussprache gegenüber im Café „Maria Treu". Das Restaurant „la maccia", Ecke Piaristengasse/Maria-Treu-Gasse 7, hat seinen Namen im Zuge der Renovierung geändert und heißt jetzt „Klosterbräu". Der für uns vorgesehene Raum hat sich wenig verändert. – Da es im Februar, am zweiten Samstag, besonders stürmte und schneite und die Verkehrsverhältnisse schlecht waren, kam nur eine kleine Gruppe zusammen. Ich hoffe jedoch, daß wir im März wieder in voller Stärke da sein werden. Die für Februar vorgesehene Tombola wurde auf März verschoben, ich bitte Sie, einiges dazu beizutragen. – Am 20. und 21. Februar fand in München die Bundesversammlung statt, bei der 70 bis 80 Personen anwesend waren. Es wurden dort die wichtigsten Angelegenheiten der Vertriebenen besprochen. Ich werde bei unserem nächsten Treffen ausführlich darüber berichten. – Der 4. März ist der Gedenktag an unsere Toten des Jahres 1919. An diesem Tag kamen die in der damaligen Tschechoslowakei gegen ihren Willen lebenden Landsleute zu einer friedlichen Demonstration zusammen, um den Verbleib bei Österreich zu dokumentieren. Es gab damals viele Tote und Verwundete, da das tschechische Militär wahllos in die Menge schoß. Neben der Toten von 1945 wollen wir auch ihrer Gedenken. – Ich bitte Sie, den Mitgliedsbeitrag rechtzeitig einzuzahlen, damit uns Mahnungen erspart bleiben. Die Post ist teurer geworden und wir brauchen für unsere Aktivitäten jeden Schilling. Danke im voraus. – Allen, die im März Geburtstag haben, gratuliert der Vorstand auf das herzlichste, es wird bei jedem Treffen der Geburtstagskinder gedacht. Ich freue mich auf ein Wiedersehen. Ihre Johann von Etthofen

Zwittauer und Müglitzer in Wien

Bei unserem Heimatabend am 26. 2.wünschte unser Obmann Dir. Karl Fordinal den Geburtstagskindern alles Gute, viel Glück und beste Gesundheit: Frau Mathilde Krejscha (Schönhengstgau), 77 Jahre am 7. 2., Herr Johann Werner (Mohren), 79 Jahre am 14. 3., Frau Emilie Wagner (Lauterbach), 77 Jahre am 23. 3., Frau Maria Schwab (Rothmühl), 85 Jahre am 25. 3., Herr Rudolf Matis (Müglitz), 92 Jahre am 27. 3., Herr Gerhardt Schulze (Zwittau), 82 Jahre am 1. 4., Frau Anny Enderle (Müglitz), 75 Jahre am 8. 4., Frau Hertha Schwab (Zwittau), 88 Jahre am 14. 4., Frau Elisabeth Grossauer (Greifendorf), 70 Jahre am 21. 4. – Auch in diesem Monat haben wir das Hinscheiden von Mitgliedern zu beklagen: Frau Maria Komar, geb. Müller, ist am 15. 1. im 85. Lebensjahr von uns gegangen. Sie wurde auf dem Friedhof Döbling zur Ruhe gebettet. Frau Hedwig Heger, geb. Pattermann, HS-Dir. in Ruhe, verstarb am 7. 2. im 87. Lebensjahr. Sie stammte aus Skalicka bei Hohenstadt in Mähren und wurde am 12. 2. am Ortsfriedhof von Neuhaus bestattet. Frau Maria Herzig, geb. Fiedler, Witwe des Bäckermeisters Anton Herzig von der Hohenstädterstraße in Müglitz, verließ uns am 16. 2. im 81. Lebensjahr. Sie wurde auf dem Friedhof Siebenhirten beerdigt. Waltraut Herwei

Mährisch Trübauer in Wien

Am 18. 2. 1999 trafen wir einander in unserem Vereinslokal, um ein paar gemeinsame Stunden zu verbringen. Nach der Begrüßung entschuldigte der Obmann OProk. Franz Grolig folgende Landsleute: das Ehepaar Dr. Fredy und Ruth Duval, geb. Hauser, Olly Keller, Elisabeth König, Karoline Novak, geb. Rauscher und Monika Olschansky. Anschließend wurden unsere Geburtstagsjubilare Hofrat Viktor Heinisch (10. 2. 1925) und Roger Haschke, ein Sohn des verstorbenen Ehepaares Dipl.-Ing. Otto und Frau Franziska aus Altstadt, herzlichst beglückwünscht. Ganz besondere Glück- und Segenswünsche ergingen an unseren hochgeschätzten Weihbischof Exz. Gerhard Pieschl zu seinem 65. Geburtstag. Alles Glück der Erde möge ihm auch weiterhin beschieden sein! – Nach der Verlautbarung der Vereinsnachrichten warb der Obmann zur Teilnahme an der März-Gedenkfeier am 6. März, um 16 Uhr, im Kongreßhaus in 1050 Wien, Margaretengürtel. Festredner wird unser Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend sein. Ferner erfuhren wir, daß die „Ahnenpyramide" von Frau Dr. Ilse Tielsch in Petersburg der Öffentlichkeit zugängig gemacht wurde. Die russischen Leser haben somit die Möglichkeit, das Schicksal der Sudetendeutschen kennenzulernen. – Und nun berichtete der Obmann über ein trauriges Kapitel unserer Stadt: Auf Umwegen, zum Teil direkt von Frau Irene Kunc aus Mährisch Trübau, wurde Nachricht gegeben, daß ein junger Pyromane vor ungefähr sechs Wochen durch Brandlegung das Dach der Totenstiege total vernichtet hatte. Allein das Eingangstor mit der deutschen Aufschrift „ Selig sind die Toten, die im Herrn sterben", errichtet im Jahr 1775 von Johann von Boskowitz, blieb erhalten.

Gertrud Irlweck

„Bruna Wien"

Der wunderschöne Film über das Riesengebirge wurde von Lm. Klaus Seidler gekonnt vorgetragen; die Landsleute kamen wieder auf ihre Rechnung. – Schriftführerin Frau Inge Hennemann hatte eine Gallenoperation – doch das Leben geht weiter, so auch in der „Bruna" der Bürobetrieb; Stellvertreterin Herta Schrom, sowie Obmann Ing. Peter Wenisch und Kassier Hans Douschek sorgten dafür. – Im Februar fand eine Tombola mit großem Erfolg statt. Inge Hennemann war wieder dabei und wurde herzlich begrüßt. Herzlichen Dank für die vielen guten Wünsche. – Unser nächster Heimatnachmittag findet am 13. März statt, alles Gute bis zum nächsten Wiedersehen wünscht

Inge Hennemann.

Neubistritz

Am Sonntag, dem 14. Februar, hatte die Landsmannschaft Neubistritz in Österreich ihre Faschingszusammenkunft. Natürlich wie jedes Jahr mit großer Tombola. Zahlreiche Landsleute waren gekommen. Nach der Begrüßung durch den Obmann und Gratulation an die Geburtstagskinder des Monats Februar, besonders an Frau Josefa Gratz zum 92. Geburtstag, wurden die Lose verkauft. Es gab zahlreiche Preise, die großteils von der Landsmannschaft und teils von den Anwesenden gespendet wurden. – An dieser Stelle herzlichen Dank an Familie Hofbauer für die Besorgung der Tombolaspenden. – Unter großer Heiterkeit ging es an die Verlosung. Anschließend war noch Gelegenheit zu manch gemütlichem Plausch. – Unsere nächste Zusammenkunft, die Jahreshauptversammlung, findet Sonntag, 11. April 1999, 15 Uhr, im Gasthaus „Ebner", 1150 Wien, Neubaugürtel 33, statt.

Edeltraud Ludwig

Bund der Nordböhmen und Riesengebirgler in Wien

Für das Monatstreffen am 13. Februar war Faschingsunterhaltung mit Heringschmaus angesagt. Leider ließ die Anzahl der Besucher zu wünschen übrig, der Grippevirus hatte auch in unseren Reihen zugeschlagen, und von den Mitgliedern, die noch immun dagegen oder schon wieder genesen waren, wollten manche keinen Sturz im Schneematsch riskieren. Gleich nach der Begrüßung mußten wir von Obmann Dieter Kutschera eine traurige Nachricht hören, unser Ehrenmitglied Dr. Ferdinand Sakar ist am 5. Februar im Alter von 93 Jahren gestorben. Geboren in Freudenthal, aufgewachsen in Tetschen, absolvierte er das Studium der Rechtswissenschaften an der Deutschen Universität in Prag und war bis zur Vertreibung ein angesehener Rechtsanwalt in Aussig. Als aktives Vorstandsmitglied stand er uns viele Jahre mit Rat und Tat zur Seite. Der Obmann würdigte in bewegten Worten sein Engagement für den Bund der Nordböhmen und wir schlossen uns mit einem stillen Gedenken an. – Bei der Terminvorschau wurde schon jetzt das Reiseziel für den Jahresausflug im Juni bekanntgegeben. Es geht zu einer Schlösserbesichtigung nach Südmähren. Nach den Verlautbarungen wurde mit einem Lied der Fasching eingeleitet. Unsere Obmann-Stellvertreterin Susanne Svoboda stellte die Riesengebirglerin Helene Pohl vor, die im Verlauf der nächsten Stunde für viel Heiterkeit und frohe Laune sorgte. War es bei dem Gedicht „Wie soll die Frau den Mann behandeln?" oder zusammen mit Susanne im „Gespräch zweier neureicher Damen". Mit Herbert Winter als Partner gab sie die „Erinnerungen einer alten Jungfer" zum Besten und schließlich hatte sie noch das Lied „Laß das, laß das sein" in ihrem Programm, wobei wir sie beim „Laß das sein" kräftig unterstützten. Bevor aber diese Darbietungen gebracht wurden, hieß es beim Schlüsselspiel mitmachen. Zu zweit mußte ein Lied gesungen werden, ganz egal, ob man nun Stimme hatte oder nicht. Aktuelles in Reimen, bei denen der Euro aufs Korn genommen wurde, hörten wir von Auguste Wohl und lustige Gstanzln über die Vorstandsmitglieder sang unter Mitwirkung des Publikums Herta Kutschera. Nach dem Erfolg des Rundgesanges im Vorjahr wurde auch heuer wieder feste „gedreht". Bevor der Heringschmaus serviert wurde, beschäftigte sich Susanne noch schnell mit „Hosenknöppeln". Daß bei der Unterhaltung auch fleißig die Ziehharmonika im Einsatz war und Applaus gespendet wurde, versteht sich von selbst. Erwähnen möchte ich noch, am schönsten kostümiert war Susanne Svoboda (noble Dame, so um die Jahrhundertwende) und am originellsten Mag. Susanna Hoffmann als Rübezahlrübe. Der Heringsalat bewies wieder Qualität, und so bleibt nur noch, allen Dank zu sagen, die zum Gelingen des Faschingnachmittags beigetragen haben.

R.H.

NIEDERÖSTERREICH

St. Pölten

Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes am **19. März 1999, 15 Uhr**, im Restaurant „Zur Alten Schießstätte" (Stadtsäle), St. Pölten, Weißer Saal. NAbg. Helmut Dietachmayr, Vertriebenensprecher der SPÖ, hat seinerzeit zugesagt, zur Hauptversammlung nach St. Pölten zu kommen und ein Referat zur aktuellen heimatpolitischen Lage zu halten, kürzlich jedoch wegen eines persönlichen Termines in seinem Wahlkreis sein Kommen nach St. Pölten in Frage gestellt. Als Referent für die Hauptversammlung konnte nun der Obmann der „Thaya – Südmährer in Österreich", KR Dipl.-Ing. Hans Ludwig, gewonnen werden. Er wird neben aktuellen heimatpolitischen Themen auch einen Bericht über das „Haus der Heimat" in Wien bringen. Alle Landsleute sind zur Hauptversammlung besonders eingeladen, bringt Freunde und Bekannte mit.

Obmann Franz Schaden

***

Unser Monatstreffen am 19. Februar war trotz miesem Winterwetter gut besucht. Obmann Franz Schaden konnte diesmal den Geschäftsführer der „Sudetenpost", Ing. Peter Ludwig und Hofrat Dr. Breuer als Gäste begrüßen. Der lange vorgeplante und längst fällige Besuch von Ing. Ludwig konnte endlich stattfinden. Die Gespräche mit ihm waren sehr interessant – aber bedauerlich, daß Lm. Ing. Gustav Pittner am Monatstreffen verhindert war; ist er doch einer unserer rührigsten und aktivsten Mitglieder und ständig präsent in jeder Folge der „Sudetenpost". – Hofrat Dr. Breuer brachte die anwesende Runde mit seinem launigen, heiteren Vortrag zum vergnüglichen Lachen. Besonderen Anklang haben die humorvollen Erzählungen und Anekdoten aus der ehemaligen k.u.k. Militärzeit gefunden. Nochmals vielen Dank für die unterhaltsame Stunde! – Obmann Schaden erinnerte die Landsleute an das 4.-März-Gedenken am 6. März, von 9 bis 12 Uhr, in St. Pölten am Bahnhofsplatz, Ecke Kremsergasse und ersuchte um rege Beteiligung. – Unser Jahresausflug findet nun endgültig am Sonntag, 25. April, statt. Näheres erfahren wir beim März-Monatstreffen am 19. März. – Unserem Franz (Schaden) und unserer Edith (Miksch) sei an dieser Stelle nochmals recht herzlich zu ihren Geburtstagen gratuliert! – Zum Abschluß saß noch eine kleine Runden bei einem „Achterl" fröhlich beisammen.

Herwig Griehsler

OBERÖSTERREICH

Egerländer Gmoi z'Linz

Liebe Mouhmen und Vettern! Es gibt sie noch, die Eghalanda Gmoi z'Linz. Sie werden von nun an wieder regelmäßig im Zwei-Monats-Rhythmus von uns hören. Am 9. Jänner hatten wir unsere Jahrehauptversammlung mit Wahl abgehalten. Kons. Ingo Günter Radhuber brachte uns die Grüße des Landesverbandes der Heimat- und Trachtenvereine. Er erwähnte die vielen schönen Stunden, die er schon in unserer Mitte verbringen konnte und tröstete uns damit, daß er meinte, auch bei den Trachtenvereinen sei ein gewisser Schwund an Mitgliedern festzustellen. Nur sei das eben nicht ganz so schlimm wie bei uns, weil es mehr Mitglieder gibt in den großen Vereinen. Die Wahl brachte nichts Neues, der alte Gmoirat wurde wiedergewählt, Vetter Ludwig wurde für seine Arbeit als Vüarstäiha gedankt, und es wurde die Bitte ausgesprochen, noch weitere Jahre die Gmoi zu leiten. Der Nachmittag klang dann noch sehr harmonisch aus, mit netter Zusammenkunft und guten Gesprächen. – Etwas verspätet sei den beiden Jänner-Geburtstagskindern auch an dieser Stelle recht herzlich gratuliert: DDr. Hermann Stowasser (12. Jänner.) und Elisabeth Weber (24. Jänner.). – Am Samstag, dem 13. Februar, war dann Fosnat angesagt. Hier zeigte sich der Abgang von vielen treuen Mitgliedern ganz gewaltig. Viele, die im Vorjahr noch kräftig und lustig mit uns feiern konnten, sind heuer leider durch Krankheit so verhindert, daß es ihnen nicht möglich ist, zu uns zu kommen. Allen diesen treuen Mouhmen und Vettern, die durch viele verschiedene Leiden ans Bett gefesselt sind, ein herzliches Dankeschön, für all die Jahre, die sie treu geholfen haben, das Gmoileben aktiv zu gestalten und immer Frohsinn und gute Laune mitgebracht haben. Diese treuen Seelen fehlten eben auch beim Faschingsnachmittag, es war nur noch ein kleines Häuflein Aufrechter, die an tolle Faschingszeiten von einst erinnerten. Trotzdem war die Laune aller sehr gut, wir waren alle frohgestimmt und ließen uns Kaffee und Faschingskrapfen gut schmecken. Durch Mouhm Erika Herlt, die ja eine liebevolle und eifrige Bastlerin ist, gab es nette, kleine Tischdekorationen, die dann alle Anwesenden mit nach Hause nehmen konnten. Das Dreigespann, die Mouhmen Erika Herlt, Lotte Dorschner und Jutta Aglas, brachten dann einige Geschichten und Gedichte zu Gehör. Durch die beiden Mouhmen wird die Mundart immer gepflegt, denn Lotte Dorschner bringt immer eine Geschichte oder ein Gedicht in Egerländer Mundart, Erika Herlt immer in Ascher Mundart. Es wurde allen drei Vortragenden mit reichlichem und herzlichem Beifall für ihre Vorträge gedankt. – Leider mußten wir aber auch einer traurigen Pflicht nachkommen, wir gedachten unseres Vetters Georg Katzmayr, der am 6. Februar 1999 von seinem langem Leiden erlöst wurde. – Auch den Februar-Geburtstagskindern alles Gute an dieser Stelle. Hedi Pellnöcker (7. Februar), Fritz Rösler (20. Februar), Charlotte Ustupsky (24. Februar.), und Kons. Will Prückl (26. Februar). – Liebe Mouhmen und Vettern, bitte merkt Euch unsere nächsten Termine vor: 13. März und 10. April (Ostern), um 15 Uhr, im Vereinslokal „Zum Tiroler", Urfahr, Bernaschekplatz. Wir freuen uns auf Jeden, der es möglich macht, uns zu besuchen.

JSA

Riesen- und Isergebirge in Linz

Trotz tiefwinterlicher Bedingungen traf sich eine frohe Runde am Faschingsdienstag, um die Probleme des grauen Alltags zu vergessen. Mit Faschingsgeschichten, teilweise in Gablonzer Mundart und kleinen Anekdoten verging die Zeit wie im Fluge. Einige Landsleute kamen in hübschen Kostümen – bedingt durch Krankheit oder Kuraufenthalt ließen sich manche entschuldigen. Wir wünschen ihnen baldige Genesung! Ebenso herzlichen Glückwunsch den im März Geborenen: Lmn. Emma Nemetz, Gunthilde Ortbauer und Stefanie Aichmair sowie Lm. Ehrenobmann Josef Fellner. Am Dienstag, 16. März, treffen wir einander zum nächsten Heimatabend im „Wilden Mann", um 17 Uhr, mit Diavortrag von Lmn. Margret Bernhard: Meine Reisen nach Jordanien und Israel. Bitte kommen Sie zahlreich, Landsleute aus anderen Heimatgruppen und Gäste sind selbstverständlich herzlich willkommen.

Hildegard Kratochwill

Wels

Die herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstag gehen an: Herrn Franz Christl, geb. am 21. 3. 1921; Herrn Egon Dittrich, geb. am 30. 3. 1913; Herrn Kurt Goldberg, geb. am 3. 3. 1924; Frau Karoline Dudek, geb. am 4. 3. 1915; Herrn Gunther Hanreich, geb. am 19. 3. 1921; Herrn Johann Heinz, geb. am 22. 3. 1911; Frau Irmtraut Heubrandtner, geb. am 25. 3. 1918; Frau Maria Kramper, geb. am 13. 3. 1911; Frau Maria Krejci, geb. am 18. 3. 1908; Herrn Josef Mattausch, geb. am 9. 3. 1915; Frau Theresia Mugrauer, geb. am 7. 3. 1920; Frau Wilma Mühlegger, geb. am 30. 3. 1929; Frau Editha Prokop, geb. am 2. 3. 1911; Frau Irmtraut Schöberl, geb. am 30. 3. 1928; Frau Gerta Tartler, geb. am 23. 3. 1925; Herrn Walter Ullrich, geb. am 18. 3. 1928; Herrn Josef Wolf, geb. am 10. 3. 1917. Wir danken ihnen für ihre Treue zur alten Heimat und wünschen ihnen weiterhin alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen! – **Bitte vormerken:** Am Sonntag, dem 18. April 1999, ist unsere **Jahreshauptversammlung,** um 9 Uhr, im Gasthof „Kaiserkrone", gegenüber dem Welser Hauptbahnhof. Wir laden alle Landsleute sehr herzlich dazu ein.

G. B.

Vöcklabruck

Obmann Willi konnte zum Treffen am ersten Februar-Sonntag nur eine kleine Runde begrüßen. Schlechtes Wetter und Krankheit waren die Ursache. Die beiden Februar-Geborenen Lmn. Hermine Mayerhofer und Lm. Franz Tichatschek wurden in Abwesenheit beglückwünscht. Willi berichtete kurz von der Einladung zur 4.-März-Gedenkfeier (80 Jahre) in Wien. Es zeigte aber niemand Interesse, an dieser Feier teilzunehmen. Die anschließende nachbarliche Unterhaltung entwickelte sich nur mühsam. Bald nach dem Abendessen machten sich die Ersten auf den Heimweg, um möglichst vor dem Finsterwerden den Heimathafen zu erreichen. – Den März-Geborenen sollen auf diesem Weg die besten Glückwünsche übermittelt werden. Es sind dies: Margarete Mayr am 3., Elisabeth Hospodarski am 10., Anni Koppmann am 13. und Margaretha Langer am 23. Das nächste Treffen findet wieder am 2. Sonntag des März, also am 14. 3., um 15 Uhr, im Gasthof Obermeier statt. Bis dahin bleibt alle gesund, damit es ein frohes Wiedersehen gibt. – Anschließend noch eine kleine Änderung zum Bericht vom 17. Jänner 1999 hinsichtlich der Nikolofeier: Es waren nicht die Söhne unseres Obmannes, sondern die Enkel, welche unsere Feier mitgestalten halfen. HK

Verband der Böhmerwäldler in OÖ.

Die **Jahreshauptversammlung** des „Verbandes der Böhmerwäldler" findet am **20. März 1999, 14 Uhr, im Gasthof „Langholzfelderhof"**, statt. Um zahlreichen Besuch ersucht die Verbandsleitung. – Todesfall: Mit großer Trauer und Betroffenheit geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser treues Mitglied Herr Johann Prügl nach kurzem, schwerem Leiden, am 26. Jänner 1999, im 93. Lebensjahr von uns gegangen ist. Unter großer Beteiligung seiner Landsleute und Bekannten wurde er am St.-Barbara-Friedhof in Linz auf seinem letzten Weg begleitet. Landsmann Prügl wurde in Deutsch-Beneschau geboren und verbrachte dort seine Kinder- und Jugendjahre. Er erlernte das Fleischerhandwerk und übernahm 1933 mit seiner Gattin die Landwirtschaft und Fleischerei von seinen Eltern und erwarb zusätzlich ein Fuhrwerksunternehmen. Nach der Vertreibung und Flucht konnte die Familie Prügl in Linz-Kleinmünchen Wurzeln schlagen. Nach einem Schlaganfall pflegte er mit großer Unterstützung seiner Söhne viele Jahre die Gattin, mit der er 70 Jahre in Liebe und Treue gemeinsam den Lebensweg ging. Als alle Kraft zu Ende ging, übersiedelten sie ins Seniorenheim. Unsere Anteilnahme gilt der Gattin sowie den vier Söhnen mit Angehörigen. Wir neigen (oder gedenken) uns in Dankbarkeit und Ehrfurcht. Gott schenke ihm die himmlischen Freuden.

Kons. Josef Wiltschko, Verbandsobm.

STEIERMARK

Graz

Monatstreffen in der „Gösser" am 21. Februar 1999. Unser Monatstreffen am 21. 2. 1999 in der „Gösser" stand diesmal im Zeichen des großen Verlustes unserer steirischen SL. Frau Gusti Tschetschounik, unsere Geschäftsführerin, wurde von ihrer schweren Krankheit besiegt und ist am 29. Jänner gestorben. Stadtgruppenobmann OSTR Prof. Dr. Helge Schwab hielt einen berührenden Nachruf und erzählte aus dem Leben der Verstorbenen. Sie kam aus der Nachbargemeinde unseres Obmannes – aus dem Schönhengstgau – und das ergab dadurch eine besonders herzliche Beziehung. Nach einer unbeschwerten Jugend in der Heimat kam unsere Gusti durch Heirat mit einem Grazer im Jahr 1947 nach Graz – ihr Sohn war damals ganz klein. Sie war in ihrer Heimat zutiefst verwurzelt und hat diese Liebe bis zu ihrem Tod „gelebt". Ihr Lebensinhalt war neben ihrer Familie die SL, deren Geschäftsführerin sie wurde. Sie war ein Beispiel für Organisation, Gedächtnis, Kassenführung und Opferbereitschaft. Ihr vorbildlicher Einsatz sollte für uns alle Verpflichtung und Mahnung sein, unsere heimatliche Verbundenheit soll solange wie möglich erhalten bleiben. Lmn. Hermine Stefan las ein selbstverfaßtes Gedicht zu Gustis Abschied vor. – Lmn. Hilda Förster kam nach längerer Zeit wieder zu uns und schenkte der SL einen von ihr aufgelegten Gedichtband mit Gedichten ihrer Schwester. Danke. Lmn. Gerhilt Hansel zeigte ein Buch über Mährisch Schönberg; von Tschechen herausgegeben, in dem erstmals geschrieben wird, daß die Deutschen vertrieben wurden und die Stadt dadurch ihren deutschen Charakter verloren hat. – Die Februar-Geburtstagskinder wurden beglückwünscht und die geplante Muttertagsfahrt besprochen. Lmn. Liesl Ruppitsch ist um die Weiterführung der Geschäftsstelle bemüht und wir danken ihr dafür. Das nächste „Gösser-Treffen" ist am 21. März 1999.

A.P.

100-Jahr-Feier des Vereines der Schlesier in Wien

Der Humanitäre Verein von Österreichern aus Schlesien in Wien feiert im Restaurant Wienerwald, 1150 Wien, Märzstraße 1, am 18. April 1999 seinen hundertjährigen Bestand! Auf rege Teilnahme freut sich die Vereinsleitung.

Spenden für die „Sudetenpost"

42.– Gertrude Hladik, Schärding
62.– Ida Adam, Mautern
62.– Josef Beigl, Maria Enzersdorf/G.
62.– Karl Benischek, Wien
62.– Egon Böhm, Wien
62.– Margarete Demel, Pasching
62.– Ilse Gärtner, Linz-Puchenau
62.– Maria Gschöpf, Euratsfeld
62.– Dr. Johann Haas, Wien
62.– Leopoldine Hanreich, Linz
62.– LAbg. Johann Herzog, Wien
62.– Erna Holzer, Wien
62.– Dr. Otto Jankowsky, Linz
62.– Hanni Jennerwein, Wien
62.– Erwin Kontur, Attnang-Puchheim
62.– Maria Krejci, Marchtrenk
62.– Artur Kretschmann, Enns
62.– Rosa Kropf, Aspang
62.– Josef Kukla, Lienz
62.– Landsmannschaft, Wien
62.– Ing. Peter Lendl, Wien
62.– Gertrude Novak, Wien
62.– Gottlieb Peer, Laab im Walde
62.– Helga Pristonig, Leoben
62.– Heinz Prohaska, Steyr-Gleink
62.– Fritz Rösler, Linz
62.– Agnes Schneider, Marchtrenk
62.– Maria Sejka, Linz
62.– Elisabeth Strauß, Salzburg-Gnigl
62.– Leopold Stutz, Ulrichsberg
62.– Gisela Süssmayer, Wien
62.– Rudolf Wagner, Ottensheim
62.– Helene Zechner, Wien
100.– Herma Olbrich, Wien
100.– Hermann Unzeitig, Wien
100.– Mag. Rita Walla, Wien
112.– Bertha Ludwig, Linz
112.– Andreas Rossak, Wien
112.– Anna Maria Wandruschkin, Wien
115.– Margarete Kriso, D-Schorndorf
162.– Komm.-Rat Willi Anderle, Stadtschlaining
162.– Dr. Carl Hödl, Linz
162.– Roman Konczalla, Walding
162.– Gertraud Kretz, Hörsching
162.– Dipl.-Ing. Herfried Pachelhofer, M. Lankowitz
162.– Andreas Peissig, Korneuburg
162.– Gertrud Prachner, Krems
162.– Adolf Scholze, Linz
162.– Johann Schottenberger jun., Attn.-Puchheim
200.– Josef Kratschmar, Langenzersdorf
262.– Dipl.-Ing. Czernin-Kinsky, Sandl
262.– Doris Simanek, Wien
300.– Dr. Eckhart Chodura, Marchtrenk
300.– Silvio Spiess, Linz
362.– Dr. Hans Löffler, Scharnstein
390.– Hugo Maas, D-München
400.– Thomas Siegmund, Linz
462.– Gabriela Csizmar, Wien
662.– Gertrude Sassmann, Wien
990.– Hermann Lange, D-Schöneck/Hess.

Die „Sudetenpost" dankt allen Spendern sehr herzlich!

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 6	25. März	Red.-Schluß	18. März
Folge 7	8. April*)	Red.-Schluß	1. April
Folge 8	22. April	Red.-Schluß	15. April
Folge 9	6. Mai	Red.-Schluß	29. April
Folge 10	20. Mai**)	Red.-Schluß	12. Mai
Folge 11	10. Juni***)	Red.-Schluß	2. Juni
Folge 12	24. Juni	Red.-Schluß	17. Juni
Folge 13/14	8. Juli	Red.-Schluß	1. Juli
Folge 15/16	5. August	Red.-Schluß	29. Juli
Folge 17	2. September	Red.-Schluß	26. August
Folge 18	16. September	Red.-Schluß	9. September
Folge 19	7. Oktober	Red.-Schluß	30. September
Folge 20	21. Oktober	Red.-Schluß	14. Oktober
Folge 21	4. November	Red.-Schluß	28. Oktober
Folge 22	18. November	Red.-Schluß	11. November
Folge 23	2. Dezember	Red.-Schluß	25. November
Folge 24	16. Dezember	Red.-Schluß	9. Dezember

*) Ostern 4. / 5. April
**) Pfingsten 23. Mai / 24. Mai
***) Fronleichnam 3. Juni

DIE JUGEND BERICHTET

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. 01 / 718 59 13

Bundesverband

Mit der Verhaftung des Kurdenführers (eigentlich des der PKK) Öcalan wurde das Problem der Kurden, dem Volk, das niemals einen eigenen Staat besessen hat, in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Die Kurden, die sich selbst als Nachfahren der Meder bezeichnen, leben vor allem im Land des Euphrat und Tigris und sind über mehrere Staaten aufgeteilt: Der Hauptteil wohnt in der Osttürkei, dann im Iran, dem Irak und Syrien sowie kleine Minderheiten in Armenien. Sie sind ein sehr stolzes Volk und darauf bedacht, die Eigenheiten zu bewahren. Der Islam wird nicht so streng gehandhabt wie zum Beispiel im Iran und die Frauen haben gewisse Rechte erreicht. Der Aufbau erfolgt von der Großfamilie zur Dorfgemeinschaft und zu einzelnen Stämmen. Diese sind sich jedoch oft feindlich gesinnt und somit ein Spielball für die Herrschenden in den Staaten, wo die Kurden heute leben. Fast 35 Millionen gibt es, wovon mehr als 2,5 Millionen in Europa, vor allem in Mitteleuropa, leben. Zum Ende des Ersten Weltkrieges keimte erstmals Hoffnung auf einen eigenen Staat auf, als nämlich die Türkei als einer der besiegten Staaten wieder errichtet werden sollte. Vor allem die Uneinigkeit, das Zerstrittensein (jeder Stammesfürst will der Herrscher sein) waren daran schuld, daß es zu dieser Aufteilung kam. Aufstände gegen die Herrschenden waren seither immer die Folge, ging es doch auch ums dort lagernde Erdöl. Und gar manchmal schlugen sich einzelne Stämme zu den Herrschenden, um gegen das eigene Volk (andere Stämme) zu kämpfen. Das haben natürlich die Staaten, wo sie leben, oft ausgenützt. Es entstand die PKK, die Kurdische Arbeiterpartei, deren Führer in Moskau ausgebildet wurden und auch die kommunistische Ideologie vertraten und zum Teil noch vertreten. Mord und Totschlag – gegenseitig und gegen die Herrschenden – waren und sind an der Tagesordnung. Nach dem Golfkrieg gibt es für die im Irak lebenden Kurden einen gewissen Schutz vor den Häschern Saddam Husseins – doch die türkische Armee hat oft die irakische Grenze überschritten und ist gegen die Kurden vorgegangen. Nach der Verhaftung Öcalans (unter geheimnisvollen Umständen) begann es in ganz Europa zu gären: Botschaften, die UNO-City in Wien, Parteizentralen usw. wurden von aufgebrachten Kurden widerrechtlich besetzt und es gab auch Tote in Berlin. Türkische Einrichtungen wurden gestürmt und es gab Auseinandersetzungen mit der Polizei. All das hat aber den Kurden viel mehr geschadet als genützt, denn mit solchen Ausschreitungen und Krawallen usw. macht man sich keine Freunde. So kann man seine Rechte vor aller Welt nicht vertreten. Es ist zwar klar, daß hier in vielen Fällen eine andere Denkensart zugrundeliegt, aber friedliche Demonstrationen ohne jedwede Ausschreitungen hätten sicherlich genügt. Hier geht es vor allem um ein ganz besonderes Problem der Türkei und all der anderen Staaten, wo Kurden leben. Hier muß die UNO etwas tun, um diesen Konflikt nicht zu einem Großbrand im Nahen Osten – und dort gab und gibt es noch immer genug solcher Brände – ausweiten zu lassen. Wir als Nachkommen von Heimatvertriebenen haben da ein besonderes Verständnis für solche Völker, lehnen aber entschieden deren Methoden ab, um in die Schlagzeilen zu kommen. Nicht mit Gewalt kann ein Unrecht gelöst werden, denn dafür bezahlen oft nur die Unschuldigen mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit. Es muß andere, friedvolle Wege geben, um ans Ziel zu gelangen, wiewohl dies, wie auch unser Beispiel zeigt, oft mehr als schwer ist! – Über die Schimeisterschaften in Lackenhof am Ötscher berichten wir an anderer Stelle dieser Zeitung. Bitte dort den Bericht nachzulesen! – Kommende Veranstaltungen: 2. Mai: Leichtathletikmeisterschaften in Traun in Oberösterreich – für Kinder, Schüler, Jugendliche, Junioren, Erwachsene jedweder Generation bis über 80 Jahre, für Teilnehmer aus ganz Österreich! – Pfingsten: Sudetendeutscher Tag in Nürnberg mit dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Jugend und deren Freunde! Ab Oberösterreich, der Steiermark und Kärnten werden Autobusse geführt. Ab Wien wird versucht, einen eigenen Bus zu führen (siehe unter Landesgruppe „Wien"). Wir ersuchen um Beachtung der kommenden Ankündigungen: – 29. Mai: Volkstanzfest der SDJ in Wels! – 17. bis 24. Juli: Sommerlager für Kinder und junge Leute im Alter von zirka 7 bis 15 Jahre in Melk an der Donau in Niederösterreich, für Teilnehmer aus ganz Österreich! Dazu findet man in dieser „Sudetenpost" einen besonderen Hinweis. Um alsbaldige Anmeldungen wird gebeten. Es können auch die Freunde der Kinder teilnehmen! – August: Bergwoche der Sudetendeutschen und deren Freunde in Kärnten! Anfragen bei unserem Tourenführer Franz Schaden, Birkengasse Nr. 6, 3100 St. Pölten. Jedwede Altersstufe ist zum Mitmachen aufgerufen – Freunde können mitgenommen werden!

Landesgruppe Wien

Heimabende: jeden Mittwoch, im „Haus der Heimat", Wien 3, Steing. 25 / Hoftrakt, 2. OG. Dazu sind alle jungen Leute ab zirka 15 Jahre recht herzlich eingeladen – auch Ihre Kinder und Enkelkinder, werte Landsleute, sollten diese Gelegenheit nützen! – Kommenden Sonntag, dem 14. März, findet in der Freizeit- und Sporthalle das Hallenfußballturnier der SDJ statt. Wir nehmen daran teil. Wer mitmachen will, möge um 13.45 Uhr in der Freizeithalle sein (keine Fußballschuhe mitnehmen, nur Turnschuhe!). Selbstverständlich sind auch Zuseher herzlichst eingeladen. Falls genügend Damen anwesend sind, wird in der Pause ein Volleyballspiel durchgeführt! – Am Donnerstag, dem 3. Juni (Fronleichnamstag), findet unsere bei jedermann sehr beliebte und traditionelle Muttertags- und Vatertags-Autobusfahrt statt! Schon jetzt möchten wir alle Freunde auf diesen Termin hinweisen und bitten, sich diesen Tag für diese Busfahrt freizuhalten! Anmeldungen kann man natürlich schon jetzt an uns richten (SDJÖ, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon und Fax: 718 59 13 – bitte um Angabe der teilnehmenden Personenanzahl). – Autobus zum Sudetendeutschen Tag in Nürnberg: Wir versuchen einen Bus zu chartern. Dazu ist es aber notwendig, daß sich genügend Mitfahrer anmelden (neben jungen Leuten auch die älteren Landsleute). Interessierte Landsleute, Leser und junge Leute, mögen sich bis spätestens 21. März bei der Sudetendeutschen Jugend, 1030 Wien, Steingasse 25, Tel./Fax: 718 59 13, melden – ein Bus müßte rasch angemietet werden! – Nicht vergessen: Auf die Anmeldungen zum Sommerlager 1999 in Melk in Niederösterreich, für Kinder und junge Leute von 7 bis 15 Jahre, vom 17. bis 24. Juli! Siehe dazu auch die Ankündigung im Zeitungsinneren!

Landesgruppe Niederösterreich

Am kommenden Sonntag, dem 14. März, treffen wir einander beim Hallenfußballturnier in der Freizeithalle in Himberg bei Wien. Beginn ist pünktlich um 14 Uhr (bitte spätestens um 13.45 Uhr in der Halle eintreffen!). Gespielt darf nur mit Tennis- oder Turnschuhen werden – Fußballschuhe jeglicher Art sind verboten. Es sind genügend Duschen vorhanden. Wer noch mitmachen möchte, möge sich rechtzeitig in der Halle einfinden. Auch Zuseher sind herzlichst willkommen. Die Mädchen und Frauen machen, bei genügender Teilnehmerzahl, ein Volleyballspiel – nehmt daher das Turn- und Sportzeug mit. Es wird bestimmt ein schöner Sportnachmittag werden! – Pfingsten: Sudetendeutscher Tag mit Pfingsttreffen der Jugend in Nürnberg – es wird versucht, einen Autobus ab Wien, mit Zusteigemöglichkeiten in Niederösterreich, zu führen. – Sommerlager für Kinder und junge Leute (von 7 bis 15 Jahre) in unserem Bundesland, in Melk an der Donau. Und Anfang August: Bergwoche in Kärnten. Anfragen beim Tourenführer Franz Schaden, Birkengasse 6, 3100 St. Pölten – für jedermann!

Landesgruppe Oberösterreich

Merkt Euch schon jetzt folgende Termine fix vor und nehmt zahlreich daran teil: Sonntag, 2. Mai: Sportwettkämpfe in Traun für jedermann – Kinder, Jugendliche und für alle anderen Generationen (bis über 80 Jahre)! – 29. Mai: Volkstanzfest der Sudetendeutschen Jugend Oberösterreichs in Wels. Bereits zum 9. Mal dürfen wir alle Freunde des Volkstanzens und des Brauchtums recht herzlich einladen! – Pfingsten: Sudetendeutscher Tag in Nürnberg – ab Oberösterreich werden wieder Autobusse geführt! Mit Zeltlager, sportlichen und musischen Wettkämpfen usw. – 15. bis 24. Juli: Sommerlager in Melk in Niederösterreich – mehr darüber an anderer Stelle in dieser Zeitung!

Landesgruppe Salzburg

Ganz besonders möchten wir alle Freunde und Landsleute sowie die Eltern auf folgende zwei Veranstaltungen aufmerksam machen: Sonntag, 2. Mai: Sportwettkämpfe in Traun bei Linz für jedermann, für Mädchen und Burschen, Damen und Herren (bis über 80 Jahre) – mehr darüber in der kommenden Nummer der „Sudetenpost"! – 17. bis 24. Juli: Sommerlager für Kinder und junge Leute im Alter von zirka 7 bis 15 Jahre aus ganz Österreich – also auch aus unserem Bundesland! – in Niederösterreich. Hier sollten wir wirklich aus unserem Bundesland mindestens fünf Teilnehmer stellen. Dies müßte sich doch leicht machen lassen, werte Landsleute. Viele von Ihnen haben Enkelkinder in diesem Alter, etliche Eltern sind froh darüber, die Kinder für eine Woche in den Sommerferien gut untergebracht zu wissen. Warten Sie nicht darauf, daß der Nachbar oder andere Landsleute ihre Kinder bzw. Enkelkinder mitschicken, sondern versuchen Sie es selbst in Ihrer eigenen Familie. Es muß doch möglich sein, daß auch aus Salzburg Teilnehmer kommen, meinen Sie nicht auch? Näheres im Inneren dieser „Sudetenpost" – aber warten Sie nicht zu lange mit den Anmeldungen!

Landesgruppe Kärnten

Anfang August findet die Bergwoche der Sudetendeutschen im Raum Kärnten statt. Der genaue Termin und die Route werden derzeit von unserem langjährigen Tourenführer Franz Schaden, 3100 St. Pölten, Birkengasse 6 (Telefon: 0 27 42 / 71 9 67, von zirka 17 bis 19 Uhr) ausgearbeitet. Jedermann, gleich welchen Alters und Geschlechts, ist zur Teilnahme aufgerufen – auch alle „Bergfexen" aus unserem Bundesland! Dazu noch eine Bitte von Franz: Solltet Ihr besondere Wünsche und Anregungen haben, würde er sich über eine rasche Kontaktaufnahme und über Vorschläge sehr freuen. Interessierte mögen sich bitte alsbald bei Franz melden. Lest dazu auch die Ankündigung im Zeitungsinneren! Vergeßt auch nicht auf das diesjährige Sommerlager in Melk an der Donau und meldet Euch dazu sofort an!

Arbeitskreis Südmähren

Am Sonntag, 11. April, findet das 7. Toni-Schicho-Gedächtnis-Bowlingturnier beim Engelmann in Wien 17, Jörgerstraße 14, statt. Beginn ist um 14 Uhr. Dazu laden wir schon jetzt alle Kegel- und Bowlingfreunde herzlich ein. Um Voranmeldung aus organisatorischen Gründen bei Obmann Josef Mord, 2136 Laa an der Thaya, Hauptstraße 51, Tel. / Fax: 0 25 22 / 76 38, wird gebeten! – Der nächste Heimabend ist am Dienstag, dem 6. April, um 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat", Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. (Sudetendeutsche), mit Diavortrag. Dazu sind alle Freunde sehr herzlich eingeladen! – 24./25. April: Frühlingsfahrt des Arbeitskreises Südmähren nach Neutitschein – Troppau – Lobenstein (Kudlich-Geburtsort) – Freudenthal – Altvater – also im österreichisch-schlesischen Bereich bzw. im Kuhländchen. Gültiger Reisepaß ist erforderlich. Wir fahren mit einem modernen Reisebus und übernachten in einem guten Hotel. Um rechtzeitige Anmeldung bei Lm. Josef Mord, 2136 Laa an der Thaya, Hauptstraße 51, (Tel. / Fax: 0 25 22 / 76 38) bzw. in der kommenden Heimstunde wird ersucht!

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudetenpost", Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST" für mindestens ein Jahr!

Name:

Straße:

Plz: Ort: Telefon:

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – **Jahresbezugspreis: Inland S 338.–** (inklusive 10 % Mehrwertsteuer), **Ausland: S 410.– (DM 58,50).** – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift u. Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Sudetenpost

Eigentümer und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf und FAX: 0 73 2 / 70 05 92, Obmann: Professor Dr. Rudolf Fochler, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig. Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland S 338.– incl. 10 % Mehrwertsteuer, Ausland: S 410.– (DM 58,50); Einzelpreis S 16.–. Postsparkassenkonto 7734.939, Blz 60000. Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto 0000-028.135, Blz 20320.
Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000.
Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

Tribüne der Meinungen

Habgier?

Habgier und Friede schließen einander aus, so lautet ein altes Sprichwort. Habgier ist in Prag geschichtlich weit zurück zu verfolgen. Schon 1914, bevor überhaupt ein tschechischer Staat bestand, forderte T. G. Masaryk die gewaltsame Eingliederung von drei bis vier Millionen Deutschen in seinen geplanten großböhmischen Staat. Dabei dachte er nicht nur an die Deutschen und Böhmen, Mähren und Österreichisch Schlesier, sondern forderte darüber hinaus einen Korridor durch die Slowakei, Jugoslawien und das Burgenland. Sein Gefährte Hanuš Kuffner ging darüber noch hinaus und veröffentlichte 1922 eine Denkschrift mit genauer Landkarte, worin die Tschechen die deutschen Gebiete zwischen dem westlichen Fichtelgebirge mit den Flüssen Naab und Donau forderten. Laut der Landkarte sollten die Städte Hof, Rehau, Selb, Marktredwitz, Wundsiedel, Tirschenreuth, Waldsassen, Weiden, Schwandorf, Regensburg und Passau diesem großböhmischen Staatengebilde einverleibt werden. Der größenwahnsinnige hussitische Deutschenhaß zog sich wie ein roter Faden jahrhundertelang durch die Tschechische Historie, die 1945 mit der Vertreibung von über drei Millionen Sudetendeutschen und 241.000 Vertreibungsopfern ihren makabersten Höhepunkt fand.

1945 betrug das von den Tschechen ergaunerte Vermögen der Sudetendeutschen nach Berechnungen der UNO 119 Milliarden US-Golddollar. Es fiel jedoch den Tschechen nicht im geringsten ein, ihre Naziopfer aus dieser Riesensumme zu entschädigen. Nein, sie rechneten bewußt mit dem politischen – echt deutschen – Michelkomplex, durch den man, trotz einer riesigen Staatsverschuldung, gerne bereit ist, weiteren tschechischen Forderungen entgegenzukommen.

Doch viele unserer Politiker verschlafen es, für die ermordeten Väter und unsere Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die zum Teil auch im gesundheitsschädigenden Uranbergbau eingesetzt waren, auch Forderungen zu stellen. Sie fühlen sich hier überfordert und plädieren dafür, doch unter all dies, was uns Heimatvertriebene anbelangt, doch endlich einen Schlußstrich zu ziehen. Jenen Politikern, die so denken, möchte ich einen Ausspruch Heinrich Heines entgegenhalten: „Das Eintreten für die Wahrheit verlangt Moral." Darüber und über die Moral so mancher Politiker kann man sich wohl seine eigenen Gedanken machen.

Fritz Winkelmann, D-Marktoberdorf

Anachronismus

Es tut sich Bemerkenswertes. Aus dem weiß-blau-schwarzem Bunker der Maximil-Stellung klingt es, als würde geschossen. Jedenfalls steigen aus der nach links gerichteten Schießscharte blaue Wölkchen auf. Und es soll auch Mündungsfeuer gesehen worden sein. Sollten die Veteranen im komfortabel eingerichteten Unterstand konkret aktiv geworden sein, das heißt Schießbefehl von der Kommandozentrale Stadtmitte und damit freie Verfügung über die jahrzehntelang gelagerte, rostschutzgeponderte Munition erhalten haben?

Trotz der stark getönten Linsensätze ihrer Feldstecher Marke „Politunilateral" Typ CSL erkennt jedoch die Besatzung sogleich mit Entsetzen die geringe Durchschlagskraft ihrer Projektile. Unter den mit dem Zielfernrohr anvisierten abplatzenden rot-grünen Linien tritt schwarzer Stahlbeton mit gelber Armierung zutage, an dem sämtliche Geschosse als Querschläger abprallen. Gleiches geschieht an allen anderen Konstruktionen, die im Zielgebiet im Laufe von fünf Jahrzehnten entstanden sind. Mit hochrotem Kopf brüllt der Batteriechef in die Schießscharte: „Uns ist die Zeit davongelaufen. Die gegnerischen Karawanen sind im Schutz der Nebelwerfer auf und davon!"

Diesen oder doch einen sehr ähnlichen Eindruck muß der objektiv-kritische Beobachter der Szene bekommen, wenn er vernimmt, was auf der SL-Bundesversammlung geschehen und geplant ist.

Beschwerde bei der UNO, eine (nie realisierbare!) Klage gegen den Staat, zudem ein Brief an Schröder wegen der Äußerungen des Außenministers gegenüber Journalisten, bei denen die Worte „Anachronismus" und „absurd" mit Bezug auf die Vermögensansprüche der heimatvertriebenen Deutschen gefallen sein sollen. Wie auch immer die Frage an den Bundeskanzler formuliert sein sollte, sie wird an der aalglatten Rhetorik des Vielredners und Nichtssagers so haltlos abgleiten, daß man mit der Antwort nichts anfangen kann.

Er braucht im übrigen nur seinem Vorgänger nachzueifern, und alles bleibt beim unproduktiv Alten. Vor dem Hintergrund der rapid wachsenden Konflikte in der EU dürfte den Anliegen der Heimatvertriebenen ohnehin keine Priorität eingeräumt werden.

Abgesehen von der schnoddrig-flinken Zunge des dialektisch durchgeschulten ehemaligen gewalttätigen Demonstranten sollten sich die jetzigen Fragesteller freiwillig einer gründlichen Gewissenserforschung unterziehen. Einem Außenstehenden, den wir in Fischer vor uns haben, muß es als Anachronismus erscheinen, wenn Anspruchsberechtigte 54 Jahre nach der Raubtat Vermögensforderungen stellen, nachdem sie weder nach dem inzwischen sieben Jahre alten Prager Vertrag über gute Nachbarschaft, noch nach der in ihrer ganzen Tragweite verkannten Deutsch-tschechischen Erklärung den schwerwiegenden Konsequenzen angemessene Gegenmaßnahmen zur Sicherung ihrer Ansprüche getroffen haben.

Schröder und Fischer werden immer und überall darauf hinweisen können, daß die entscheidenden Ecksteine von Genscher, Kohl und Kinkel gesetzt wurden.

Und wenn von „absurd" die Rede war, dann wird Herr Fischer im Zweifelsfall ein Bad in der Menge der deutschen Bundesbürger zuteil. Sie fragen sich nicht zu Unrecht, was die „Ewiggestrigen" jetzt noch bewirken wollen, nachdem die Verantwortlichen es in fünf Jahrzehnten nicht vermocht haben, auch nur einen Teilerfolg zu erzielen, obwohl ihnen zwei große Interessengruppen auf dem internationalen Parkett wiederum seit Jahrzehnten vorführen, wie es anzustellen ist. Aber – wer zu spät kommt,... Das ist nicht erst seit Gorbatschows Spruch so. Bergleute erzählen, daß es mit dem „Glück auf, der Steiger kommt" eine ganz und gar unromantische Bewandtnis hat. Wer nämlich nach dem Steiger „mit dem hellen Licht", das heißt zu spät kam, bekam die Schicht nicht bezahlt!

Erich Högn, Königstein/Taunus

Bayern ist nicht anders

Mit abgedroschenen Avancen, ohne Überzeugungskraft, versuchen Bayerns Landespolitiker die Sudetendeutschen weiter zu gängeln: Nicht wir haben Euch im Stich gelassen, die neue Regierung hat für Euch nichts übrig.

Daß der überwiegende Teil der bayerischen Abgeordneten damals in Bonn für die Deutsch-tschechische Erklärung gestimmt habe, darüber geht man gelassen hinweg. Uns hat dieses Pfuschwerk den letzten Rückhalt, den wir vermeintlich bei der damaligen Regierung zu haben glaubten, noch vollends entzogen. Und zu dieser Zeit regierten noch die Europa-Posaunisten Kohl und Kinkel. Und wer waren die Vorreiter „ohne Wenn und Aber" für die rasche EU-Osterweiterung? Ebenfalls die Genannten, und Bayern marschierte brav und hörig mit.

Und nun erschallen wieder Hoffnungstiraden aus Münchens Regierungszentrale: „Spätestens bis zum EU-Beitritt der CR müßten die diskriminierenden Rechtsvorschriften, wie Beneš-Dekrete und Amnestiegesetz vom Mai 1946, aufgehoben werden." Hört sich gut an, mit Sicht auf die kommenden EU-Wahlen. Und nachher? Man kann doch die arme CR nicht mit überzogenen Bedingungen von der EU fernhalten?! Wir regeln „noch Offenes", wenn sie in der Großfamilie EU verankert sein werden.

Das ist das verhohlene Zeremoniell, wozu Politik imstande ist. Und da ist Bayern nicht anders als alle übrigen Länder. Anmerkung: Angeregt zu meiner Meinungsäußerung hat mich der Leserbrief von Herrn Erich Högn, Königstein, in Folge 3, Seite 12, der „Sudetenpost", dessen Inhalt die wahre Sachlage und das Dilemma, in das uns unsere Obhutspflichtigen gestürzt haben, aufzeigt.

Bert Sidl, Breitenfurt

Entschädigung?

Man hört, daß sich tschechische „Zwangsarbeiter" zum Zwecke der Forderung nach Entschädigung organisieren. Dazu paßt, was der Franzose Professor Miksche in seinem Werke: „Das Ende der Gegenwart" schreibt: „Übrigens haben die Tschechen trotz des Verlustes ihrer Selbständigkeit 1939 während des Zweiten Weltkrieges besser gelebt als unter der Herrschaft der Kommunisten. Ihr Land wurde von Bombenangriffen verschont. Sie mußten keinen Militärdienst leisten. Ihre Industrien, von den Deutschen weiter ausgebaut, arbeiteten auf Hochtouren für Hitlers Kriegsmaschine. Im Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich lagen die Tschechen an zweiter Stelle hinter den Belgiern. Nie seither kassierten tschechische Arbeiter so hohe Löhne wie in Hitlers Protektorat, während die Bauern sich am Schwarzmarkt bereicherten. Die Verpflegungslage war besser als im Reich und die Zahl der politisch Verfolgten im allgemeinen nicht größer als in Deutschland selbst."

Wer aber entschädigt die Zwangsarbeiter sudetendeutscher Volkszugehörigkeit in der Tschechei, in Rußland und den vielen anderen Ländern? Wilhelm Kahlich, Bad Tölz

Nachtrag zum Fasching

Vorgestern waren es beinahe 54 Jahre, daß alliierte Bomber die schönste Stadt Deutschlands – das schutzlose Dresden – in zwei Nächten zerstört haben. Mir fiel das bittere Los zu, Bildberichterstatter der Luftwaffe dorthin zu fliegen und ich werde bis zum Ende meines Lebens das entsetzliche Grauen, das sich mir darbot, niemals vergessen können. Meine Heimatstadt Linz hat etwa 200.000 Einwohner, In Dresden – die Stadt war voll von Flüchtlingen – starben in zwei Bombennächten wahrscheinlich mehr als 500.000 Menschen. Das heißt, daß die Bevölkerung von ganz Linz zweimal ausgerottet wurde.

Man sollte meinen, daß die heute noch Lebenden diesen fürchterlichen Mord an unschuldigen Menschen nicht vergessen haben. Und doch ist es so. Keine Zeitung, kein Fernsehen, keine Rundfunksendung haben darüber im heurigen Jahr an dieses Geschehen gedacht.

Nichts gegen den Faschingsrummel, nichts gegen das tägliche Tätäratä, aber soll das Wort eines Gerhart Hauptmann umsonst gesagt worden sein: „Wer das Weinen schon verlernt hat, lernt es wieder beim Anblick des zerstörten Dresden."

Ist wirklich nur noch das Gieren nach Geld und Macht, Sex und seichtester Ausgelassenheit wichtiger, als ein wenig Nachdenken über dieses entsetzliche Morden in Dresden? Es ist traurig, bitter traurig, wie wir alle in unserer Zeit geschichtslos dahinleben!

Franz Pawel, Linz

Das größte Glück

Der Leserbriefmeinung von Herrn H. Langer, unter dem Titel „Entschädigung, Restitution, Heimatrecht", „Sudetenpost" Folge 4, kann ich nur in beschränktem Maß zustimmen. Besonders der Satz, daß die Vertreibung das größte Glück war, das der deutschsprachigen Bevölkerung widerfahren konnte, finde ich ungeheuerlich. Es wird von einer „Erlösung" gesprochen und dem „Traum" einer Rückkehr. Der Beitritt der CR zur EU wird jeden die Wahl des freien Wohnsitzes bringen, auch ohne Heimatrecht. Von diesem Recht wird sowieso niemand Gebrauch machen. – Nicht der Verlust der Heimat war schmerzhaft – man höre und staune –, sondern die Machtausübung des tschechischen Pöbels, heißt es weiter.

Zu all diesen Argumentationen u. a. m. kann man nur den Kopf schütteln. Was gibt es wohl Schlimmeres – außer den Tod – als seine Heimat zu verlieren? Jene Heimat, die unsere Urahnen mühsam, im Schweiße ihres Angesichtes, seinerzeit gerodet und urbar gemacht haben. Deren Nachkommen mit Fleiß und ihrem Können sich einen Wohlstand aufbauten und der plötzlich – wie ein Blitz aus heiterem Himmel – vom puren nationalen Haß zerstört wurde.

Hat Herr Langer nicht an die über zweihunderttausend Toten und das unsägliche Leid der Vertriebenen gedacht, als er vom „größten Glück", das angeblich den Sudetendeutschen widerfahren ist, schrieb? Sollten etwa die vertriebenen Deutschen den Tschechen noch dankbar dafür sein, daß sie beraubt, gefoltert, ermordet und außer Landes gejagt wurden?

Gewiß ist ihnen das Leid während der fast vierzigjährigen kommunistischen Herrschaft erspart geblieben, doch wären sie nicht vertrieben worden, gäbe es auch die zigtausenden Toten nicht. Die nachfolgenden Generationen hätten nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder die Chance auf ein freies, unabhängiges Kulturleben bzw. ihre Eigenständigkeit wiedererlangt, wenn auch unter tschechischer Herrschaft. Das Sudetenland wäre weiterhin, wie seit eh und je, von deutschen Menschen besiedelt geblieben. Schon allein aus dieser Sicht, die jeder heimatbewußte Deutsche in sich tragen muß, ist es schändlich, die Vertreibung als Glück zu bezeichnen.

Auf die Heimat für immer zu verzichten wäre Verrat am eigenen Volk und an den vielen Toten, die für ihr Vaterland ihr Leben lassen mußten. Es wird sicherlich einmal eine Zeit kommen, wo in unserer alten Heimat wieder das deutsche Lied „Muttersprache – Mutterlaut..." erklingen wird, wenngleich dies zur Zeit als utopisch bezeichnet wird.

Ing. Gustav Pittner,Langenlois

Feiner Herr...

In der ORF-Sendung „Orientierung", am Sonntag, dem 28. Februar 1999, wurde über die Rückgabe der Kirchen und Klöster in der CR vom Staat an die Kirche berichtet.

In der glücklichen Lage, sein Hab und Gut von der Tschechei zurückbekommen zu haben, hat Karl Schwarzenberg zur Frage der Eigentümer der katholischen Kirche in der Tschechischen Republik gemeint, es sei ausschließlich die Sache der beiden tschechischen Parteien, die Güter an die Kirchen und Klöster zurückzugeben...

Es ist offensichtlich, daß sich dieser feine Herr gegen alle seine sudetendeutschen Landsleute (in der Sendung „Zur Sache" 1998, bezüglich der Wiedergutmachungsdebatte von den Vertriebenen) und nun sich auch gegen die katholische Kirche in einer unguten Weise stellt.

Als Präsidentschaftsberater des Václav Havel sowie mit der Rückgabe seiner Güter haben die Tschechen Graf Schwarzenberg gekauft, um ein deutschsprachiges Sprachrohr für den Beitritt in die EU zu haben.

Es wäre dringend notwendig, Aktivitäten zu setzen, wie zum Vorschlag unter „Tribüne der Meinungen", „Dringend nötig: Aktivitäten", in der „Sudetenpost", Folge 4, vom 25. 2. 1999.

Als jüngere Generation (meine Mutter war Sudetendeutsche aus dem Böhmerwald) habe ich sehr wohl Interesse, daß dieses Unrecht gesühnt wird. Ein Beitritt in die Europäische Union der Tschechei kann bezüglich der Problematik der Sudetendeutschen nicht erfolgen! Rosa Zamecnik, Bruck a. d. Leitha

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.